

Ausgabe
1/2012

Bayerische Sozialnachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern

Den Wandel steuern



Das Soziale als Standortfaktor der Zukunft




Liebe Leserin,
Lieber Leser,

„Den Wandel steuern - das Soziale als Standortfaktor der Zukunft“ ist Themenschwerpunkt der Ausgabe 1/2012 der *Bayerischen Sozialnachrichten*. Es gilt, sich den anstehenden Herausforderungen für unsere Gesellschaft zu stellen und notwendige Umbrüche verantwortlich auszugestalten. Gedanken und Anregungen, wie dieser Wandel aktiv gesteuert und begleitet werden kann, legen Ihnen die Autorinnen und Autoren der folgenden Themenbeiträge vor.

Die letzte Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAG Ö/F) war mit der (Wieder)Wahl eines neuen Vorsitzenden verbunden. Gleichzeitig wurde der Wechsel zu einem neuen Geschäftsführer vollzogen. Als neues Gesicht stelle ich mich Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, gerne vor. Als langjähriger Leiter des Fachbereichs Altenhilfe der Diakonie Würzburg und als aktives Mitglied in verschiedenen Fachgremien auf Landesebene sind mir in besonderer Weise die aktuellen Fragen der Pflege vertraut. Mit dem Aufbau einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft sammeln wir gerade neue Erfahrungen zwischen ambulanter und stationärer Pflege. Nun gilt es für mich in meiner neuen Funktion für die LAG Ö/F, die Breite aller sozialen Themen umfassend in den Blick zu nehmen.

Als größte „Baustellen“ der Sozialpolitik nennt Dr. Stephan Sell, Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik und Professor an der Fachhochschule Koblenz, Campus Remagen, im Themenbeitrag dieser Ausgabe die Pflege und die damit verbundenen Herausforderungen an das Familiensystem und die Kommunen, aber auch den systematischen Ausbau der Kindertageseinrichtungen und der Ganztagschulen. Die LAG Ö/F hat sich zur Einstimmigkeit in allen Beschlüssen ihrer Gremien verpflichtet. Angesichts der Unterschiedlichkeit ihrer Verbände und Mitgliedsorganisationen ist es eine große Herausforderung, wenn sie sich der - von Professor Sell als wesentliche Gestaltungsaufgabe bezeichneten - Frage einer Neukonfiguration der Trägerlandschaft zu stellen haben wird.

Gemeinsam mit dem Vorstand und den Gremien der LAG Ö/F werden wir uns für den sozialen Wandel einsetzen, ihn einfordern und zum Wohle der Gesellschaft betreiben.

Ihr

 Hendrik Lütke

INHALT

Thema:

„Den Wandel steuern“

Befunde und Ausblicke der Volkswirtschaftslehre und der Sozialwissenschaft S. 3

„Den Wandel zu steuern ist eine zentrale Zukunftsaufgabe!“ S. 8

„Ein sozial ausgewogenes Gemeinwesen trägt zum sozialen Frieden bei!“ S. 9

„Wirtschaft und Wohlfahrtsträger müssen zusammenarbeiten.“ S. 11

„Wirtschaft und Soziales sind keineswegs Gegenpole.“ S. 12

Fachtagung

„Den Wandel steuern“ S. 14

Zwischenruf

Geschäftsführerwechsel bei der LAG Ö/F S. 17

ConSozial 2011

Experten in eigener Sache S. 18

„Die Zukunft gehört den Mutigen!“ S. 19

„Wir müssen in der Balance bleiben!“ S. 20

Panorama S. 22

Mitgliedsorganisationen S. 26

Bücher S. 29

Praxis

Kunst, Kultur und Inklusion S. 30

Den Wandel steuern

Das Soziale als Standortfaktor der Zukunft



Befunde und Ausblicke der Volkswirtschaftslehre und der Sozialwissenschaft

Von Prof. Dr. Stefan Sell

Generell gilt: Sozialpolitik wird in Deutschland auf einer ersten, allgemeinen Ebene primär als ein Kosten- bzw. Ausgabenproblem thematisiert und problematisiert. Und diese Wahrnehmung scheint auch mehr als berechtigt, wenn man Formulierungen lesen muss, wie beispielsweise die, dass jeder dritte Euro für „Soziales“ ausgegeben wird oder wenn gar von einer „Kostenexplosion“ beispielsweise im Gesundheitswesen oder bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gesprochen wird.

- Der entscheidende Einwand an dieser Stelle: Ein nüchterner volkswirtschaftlicher Blick auf die Thematik würde immer anstreben, eine Kosten-Nutzen-Bilanzierung aufzumachen. Die meisten Zahlen, die verwendet werden, wenn es um Sozialausgaben geht, sind Bruttogrößen. Bereits bei einer engeren Sicht auf die Dinge müsste man die Netto-

größen bestimmen. Beispiel: Wenn man Arbeit statt Arbeitslosigkeit und damit verbundene Transferleistungen finanziert – unter der Annahme, dass es sich um eine Beschäftigung von Menschen handelt, die aus welchen Gründen auch immer derzeit und auf absehbare Zeit nicht in eine normale, existenzsichernde Beschäftigung integrierbar sind –, dann stehen den dabei anfallenden Kosten natürlich auch wieder Einsparungen an anderer Stelle sowie Beitrags- und Steuereinnahmen gegenüber, die man mit den Bruttoausgaben verrechnen müsste. In einer erweiterten Sicht der Dinge müsste man auch die realisierte Wertschöpfung durch die Sozialausgaben in Rechnung stellen. Am Beispiel der öffentlich geförderten Beschäftigung: Wenn es durch eine nahe am ersten Arbeitsmarkt angesiedelte öffentlich geförderte Beschäftigung gelingt, für die „normale“ Wirtschaft Aufträge zu übernehmen, die

ansonsten vielleicht verlagert worden wären oder die man wegrationalisiert hätte, oder wenn eine Kommune, die unter Haushaltssicherung steht und bestimmte Arbeiten ansonsten nicht an private Unternehmen vergeben könnte, mithilfe der subventionierten Beschäftigung Aufträge erledigen lassen kann, die ansonsten schlichtweg nicht gemacht worden wären, dann ist es offensichtlich, dass wir hierüber eine zusätzliche Wertschöpfung realisieren könnten.

- Am 29.11.2011 wurde ein Beitrag unter der hier bezeichnenden Überschrift „Der Sozialstaat ist teuer und macht träge - stimmt's?“ auf *SPIEGEL ONLINE* veröffentlicht, in dem der Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), Joachim Möller, den bekannten und oftmals vorgetragenen Vorbehalten gegenüber dem Sozialstaat entgegentritt, aus dem ich hier einige Passagen zitieren möchte: Die überwiegende Finanzierung des deutschen Sozialstaates über Sozialbeiträge, die von der Höhe des Lohns abhängen, führt dazu, dass die gesetzlichen Lohnnebenkosten in Deutschland im internationalen Vergleich hoch sind. Das darf jedoch nicht zu dem Fehlschluss verleiten, dass die Arbeitskosten insgesamt in Ländern mit schwächer ausgebautem Sozialstaat zwangsläufig niedriger wären. Denn wenn die Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter und Krankheit nicht über die staatlichen Sozialsysteme erfolgt, bedarf es entsprechender privater oder betrieblicher Systeme, die natürlich ebenfalls finanziert werden müssen. Dies schlägt - direkt oder indirekt - auch auf die Arbeitskosten durch, etwa wenn US-Firmen für die privaten Krankenversicherungsprämien ihrer Beschäftigten aufkommen müssen. Dabei ist die Absicherung über private oder betriebliche Vorsorge keineswegs immer kostengünstiger und effizienter als ein staatliches System. Die Gesamtkosten der weitgehend privatwirtschaftlich organisierten Gesundheitssysteme der USA oder der Schweiz liegen - gemessen am Bruttoinlandsprodukt - deutlich über denen in Deutschland. Auch die gesetzliche Rentenversicherung braucht den Vergleich mit der betrieblichen und privaten Altersvorsorge nicht zu scheuen, deren Verwaltungskosten beträchtlich und Renditerwartungen unsicher sind.

Und hier ein entscheidender Passus aus dem Beitrag von Möller: „Der Sozialstaat darf aus volkswirtschaftlicher Perspektive nicht auf die Rolle eines unproduktiven Kostgängers reduziert werden.

Vielmehr schafft er erst die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft. Die sozialen Dienstleistungen tragen dazu bei, die Arbeitsmarktchancen für zahlreiche Gruppen nachhaltig zu stärken. So verbessern öffentlich finanzierte Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch die Wirtschaft profitiert von einer ausreichend finanzierten staatlichen Gesundheitsvorsorge. Und viele Langzeitarbeitslose würden ohne die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung noch schwerer als ohnehin schon den Weg zurück auf den ersten Arbeitsmarkt finden. Ein aktivierender Sozialstaat fördert also Investitionen in das individuelle Arbeitsvermögen, die sich langfristig auszahlen.“

Das ist aus meiner Sicht ein an dieser Stelle besonders wichtiger Hinweis: **Viele Sozialleistungen schaffen oder stabilisieren erst die Voraussetzungen oder die Basis, auf denen dann die „normale“ wirtschaftliche Tätigkeit aufbauen kann, die von der Wirtschaft also vorausgesetzt werden.** Die Analogie zu den vielen unbezahlten Tätigkeiten in den Familien, die ebenfalls wie selbstverständlich vorausgesetzt werden, ist offensichtlich. Sagen wir es deutlich: Was wären die Unternehmen, wenn das Engagement und die vielen Überstunden ihrer Fachkräfte nicht abgesichert würden durch außerbetriebliche Strukturen, die es den Arbeitskräften überhaupt erst ermöglichen, diese Leistung erbringen zu können?

- Zwei weitere volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch relevante Aspekte werden von Möller in seinem Beitrag angeführt:
 - (1) Gesamtwirtschaftlich betrachtet erfüllen die Sozialsysteme eine wichtige Funktion als automatische Stabilisatoren. Das heißt, dass sie in ökonomischen Abschwungphasen dazu beitragen, den Ausfall der Nachfrage zumindest teilweise zu kompensieren und Beschäftigung zu stabilisieren. Die Tatsache, dass es Deutschland nicht zuletzt dank des massiven Einsatzes von Kurzarbeit gelungen ist, die Auswirkungen der letzten Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt wesentlich stärker zu begrenzen als in den meisten anderen Ländern, belegt dies eindrucksvoll. Auch das Arbeitslosengeld wirkt antizyklisch, das heißt, es dämpft die Wirkungen einer Rezession ab. In einem weltwirtschaftlichen Umfeld, das sich als zunehmend labil und krisenanfällig erweist, darf diese Stabilisierungsfunktion des Sozialstaates keineswegs unterschätzt werden.

(2) Nicht zuletzt reduziert der Sozialstaat die Ungleichheit der Einkommen und entschärft damit auch gesellschaftliche Spannungen. Es dürfte kein Zufall sein, dass Probleme wie Kriminalität, Drogenkonsum oder Teenagerschwangerschaften in den gut ausgebauten Sozialstaaten seltener auftreten als in Ländern mit einem weitmaschigeren sozialen Netz.

Es gibt eine beeindruckende empirische Evidenz aus der neueren ländervergleichenden Sozialforschung, dass die Länder, die eine geringe Polarisierung der Einkommensverhältnisse haben, wo also die immer vorhandenen Abstände nicht das Maß des Akzeptablen überschreiten, bei den meisten messbaren Erfolgskriterien das Wirtschaftswachstum, den Wohlstand und die Zufriedenheit betreffend am besten abschneiden. In diesem Kontext ist darauf hinzuweisen, dass wir in Deutschland – auch in Bayern – seit Mitte der 1990er Jahre eine erhebliche Zunahme der gesellschaftlichen Polarisierung verzeichnen müssen. So ist mittlerweile der Anteil der nach den internationalen Kriterien der OECD bemessenen Niedriglohnbeschäftigten (unter Ausschluss der Studierenden oder der Rentner) mit 23 Prozent an allen Arbeitnehmern auf einem Niveau angekommen, das von dem der USA nicht mehr weit entfernt ist.

Auf einer zweiten Ebene wird dann nicht nur die Höhe der Sozialausgaben problematisiert, sondern auch die tatsächlichen oder oftmals nur behaupteten Wirkungen dieser Ausgaben. Diese Ebene ist schon schwieriger zu fassen, denn wir wissen angesichts der häufig nur historisch zu verstehenden Systeme oft nicht wirklich viel über die Auswirkungen bestimmter Leistungen. Zugleich laufen hier zwei Grundsatzdiskussionen parallel: Zum einen wird kritisiert, dass sehr viele Sozialleistungen von der Mittelschicht an die Mittelschicht oder aus der rechten in die linke Tasche fließen und dass viele Sozialleistungen eher die Umverteilung in einer Schicht darstellen, als dass denn beispielsweise Bedürftige zielgerichtet unterstützt werden. Zum anderen aber – und das ist auch eine

systemimmanente Gefahr bei allen auf eine ökonomisch verengte Kosten-Nutzen-Bilanzierung abstellenden Ansätzen – wird oftmals implizit die Frage gestellt, ob man die Bemessung von Sozialleistungen nicht davon abhängig machen sollte, welchen „produktiven“ Beitrag die Menschen (noch) leisten können. Dies ist ein fundamentales, weil nicht lösbares Dilemma auch für alle die Ansätze, die durch die Berechnung positiver Renditen nachweisen wollen, dass



Prof. Dr. Stefan Sell ist Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der FH Koblenz (ibus) und lehrt dort Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften. Er ist zudem Herausgeber des sozialpolitischen Informationsportals „Aktuelle Sozialpolitik“. (www.aktuelle-sozialpolitik.de)

sich Sozialinvestitionen lohnen im Sinne eines eben auch monetär bestimmbar überschießenden Nutzens für die Gesellschaft. Diese Argumentationslinie ist wichtig, aber notwendigerweise zugleich partiell ausschließend, denn natürlich gibt es Personengruppen, deren „Verwertbarkeit“ auch auf Dauer eingeschränkt oder sogar gänzlich nicht vorhanden sein wird und denen es trotzdem aus anderen als Renditegesichtspunkten zu helfen gilt.

Auf einer dritten Ebene muss man seit Ende der 1990er Jahre hinsichtlich der „Leistungserbringer“ einen Paradigmenwechsel dergestalt konstatieren, dass nach vielen Jahrzehnten der Einbettung in lokale bzw. regionale Milieus und einer Verankerung vieler Politi-

ker in einem der großen Wohlfahrtsverbände, was zu relativ stabilen, abgesicherten - manche würden kritisch anmerken: teilweise „verfilzten“ - Verhältnissen geführt hat, dies nunmehr aufgelöst wurde und wird durch eine zunehmende Verbetriebswirtschaftlichung vieler sozialer Dienste und Einrichtungen, und das unter für sie nicht günstigen „Markt“bedingungen. Vielen sozialen Dienstleistungserbringern schlägt heutzutage eher Misstrauen und auch Ablehnung gegenüber, was sich semantisch in Begriffen wie „Sozialindustrie“ oder „Wohlfahrtskonzerne“ oder - wie in der Überschrift eines *SPIEGEL*-Artikels - sogar „Heuschrecken unterm Kreuz“ Bahn bricht. Und neben aller Polemik gibt es ja durchaus auch Beispiele dafür, dass die Dienste und Einrichtungen der Kirchen und anderer Institutionen nicht selten zuvörderst die eigene Bestandssicherung im Auge haben und nicht immer zugleich auch als „Anwalt“ der betroffenen Menschen unterwegs sind.

Was sind jetzt die großen sozialpolitischen Entwicklungslinien, denen man sich stellen und die man zu gestalten versuchen sollte? Wobei gleich anzumerken wäre: Viele sozialpolitische Koordinaten werden auf der Bundesebene justiert oder von grundsätzlichen gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst, wo also lokale oder freistaatliche Gestaltungsräume mehr als begrenzt sind. Hier können nur einige Hinweise gegeben werden:

- Die größte Baustelle der vor uns liegenden Jahre wird die **Pflege** sein. Die Herausforderungen sowohl der Familiensysteme wie der Kommunen werden enorm ansteigen. Gerade in diesem Bereich besteht neben dem offensichtlichen Handlungsbedarf aber auch die Möglichkeit für intensive lokale und landespolitische Aktivität. So brauchen wir in den vor uns liegenden Jahren einen möglichst systematisch angelegten Auf- und Ausbau teilstationärer Strukturen für die Betreuung der Pflegebedürftigen. Parallelen zum Feld der Kindertagesbetreuung sind offensichtlich und die Erfahrungen hier sollte sozialplanerisch verbunden werden. In diesem Kontext muss auch die zumindest noch einige Jahre anhaltende, durch die Wohlstandsunterschiede bedingte (bisher halb- und illegale) Beschäftigung osteuropäischer Pflege(hilfs)kräfte in deutschen Privathaushalten einer vernünftigen Lösung im Interesse der Pflegebedürftigen, ihrer Familien und der Pflegekräfte selbst zugeführt werden: Diese könnte nach meiner Auffassung in einer Kombination von richtiger Legalisierung mit einer Einbindung der osteuropäischen Pflegekräfte in die Begleitung durch Fachdienste und
- eine Betreuung durch die Kommunen erfolgen. Aber die Herausforderungen der Pflegeproblematik greifen hinein bis in die Arbeitswelt. Man sollte aus den jahrelangen Versäumnissen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, als es fast ausschließlich um die Kleinkinder ging, lernen und jetzt Infrastrukturen entwickeln, welche die neue Dimension der Vereinbarkeitsproblematik - also die Pflege von Familienangehörigen - adressieren, also vor allem neben ambulanten und stationären Angeboten die Ausdifferenzierung tagesstrukturierender Angebote zwischen den beiden Säulen Familie und stationäre Pflegeeinrichtungen.
- Der möglichst systematische Ausbau der **Kindertageseinrichtungen** und (richtiger) **Ganztagschulen** (und zwar beides gleichzeitig, denn Familien können logischerweise nicht zwischen Kita und Schule trennen, wenn es um die grundsätzliche Frage der Betreuung ihrer Kinder geht) wird vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und des absehbaren Personalbedarfs der Wirtschaft gerade in vergleichsweise prosperierenden Regionen, von denen es in Bayern viele gibt, eine existenzielle Herausforderung für eine moderne Sozial- und Bildungspolitik. Aber gerade hier gilt: Besonderes Augenmerk sollte auf die Qualität der Einrichtungen gerichtet werden. Dieser Bereich ist immer noch - auch und gerade in Bayern - trotz aller üblichen Erfolgsmeldungen aus der Politik - eine Achillesferse der zukünftigen Entwicklung. Die Defizite in diesem Bereich manifestieren sich auch - um nur ein Beispiel zu nennen - in der bedenklichen Tatsache, dass nach Angaben des Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Frauen in Deutschland als einzigem Land in Europa in den vergangenen zehn Jahren rückläufig gewesen ist, die Frauen heute also im Schnitt weniger arbeiten als vor zehn Jahren. Dies ist nicht nur vor dem Hintergrund des vielbeschworenen Personalbedarfs der Wirtschaft kritisch zu sehen, auch aus frauen- und familienpolitischen Gründen muss das als Problem benannt werden.
- Eine weitere wichtige Gestaltungsaufgabe besteht in einer **Neukonfiguration der Trägerlandschaft**. Dies nicht im Sinne der Rückkehr zu alten Verhältnissen, in denen soziale Handlungsfelder wie Claims abgesteckt und an etablierte Träger vergeben waren, sondern im Sinne einer neuen Balance zwischen dem immer notwendigen Wettbewerb und einer gerade für personenbezogene soziale

Dienstleistungen unbedingt erforderliche Basisstabilität. Der immer größere Preisdruck auf viele soziale Dienstleistungserbringer muss ein Ende haben – nicht umsonst haben sich Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zunehmend gerade hier ausgebreitet.

Man könnte die Liste noch erheblich verlängern und beispielsweise darauf abstellen, dass es mit Blick auf die erheblichen Reparaturkosten, die im deutschen Sozialstaat derzeit aufgewendet werden müssen, mehr als überfällig erscheint, eine kohärente Strategie der möglichst frühen und dabei ausgehend vom Problemgrad auch partiell sehr intensive Förderung und Unterstützung zu entwickeln, die immer nur vor Ort umgesetzt werden kann.

Das verweist natürlich auf die nicht ausklammerbare Finanzierungsfrage, denn viele Kommunen werden argumentieren, dass sie zunehmend finanziell überfordert sind mit den Sozialleistungen, die bei ihnen anfallen. Deshalb brauchen wir - auch und gerade vor dem Hintergrund, dass man die Sozialleistungen in einem positiven Sinne als investive und produktive Ausgaben bewerten kann und muss - endlich eine **Neuordnung der Finanzierungssystematik**. Damit das nicht abstrakt bleibt, ein konkretes Beispiel aus dem aktuell bedeutsamen Feld der Kindertageseinrichtungen: Wir wissen aus volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analysen, dass jeder Euro, den man in Kitas investiert, einen Nutzen von vier Euro generiert (und wenn man sehr viel investiert z.B. aufgrund von mehr und besser bezahltem Personal bleiben es immer noch Relationen von 1 zu 2). Aber: Der fiskalisch messbare Nutzen fällt zu großen Teilen auf der Ebene des Bundes und der Sozialversicherungen an, die heute aber entweder nur marginal (Bund) oder überhaupt nicht (Sozialversicherungen) an der Finanzierung der Regelkosten beteiligt sind. Hier könnte man durch eine Familienkasse nach französischem Vorbild alle Ebenen einzahlen lassen und dann umverteilen in die Kommunen zur Finanzierung der Betriebskosten der Kitas.

Übrigens – in Frankreich müssen auch die sehr von der Kinderbetreuung profitierenden Arbeitgeber in die Familienkasse Beiträge einzahlen, die dann für die Kita-Finanzierung genutzt werden. Und gerade auch bei uns in Deutschland fordern die Arbeitgeber angesichts der expandierenden Öffnungs- und damit verbundenen Arbeitszeiten eine deutliche Ausdehnung der Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen. Nur wäre dies – vor allem, wenn man diese Entwicklung nur angenähert an die fachwissenschaftlichen Stan-

dards gestalten wollte – mit erheblichen Kosten verbunden, die man nicht einerseits dem Steuerzahler auferlegen kann, wo man doch gleichzeitig weitere Steuersenkungen fordert. Man kann die Torte nicht gleichzeitig anschauen und aufessen, man muss sich schon entscheiden.

Die letzte Argumentationsschiene verweist auf eine der wichtigsten, aber zugleich auch am wenigsten entwickelte Aufgabe für die Freie Wohlfahrtspflege jetzt und in den vor uns liegenden Jahren: Ein Schwerpunkt muss im Feld der Finanzpolitik liegen, konkreter: in der Steuerpolitik. Die Wohlfahrtspflege muss deutlich machen, dass wir eine gesicherte Finanzierungsbasis brauchen und man darf dieses Feld nicht den klassischen Wirtschaftsvertretern überlassen, denen es primär und verständlicherweise um eine weitere Absenkung der Steuerbelastung geht. Angesichts des mit sozialen Anliegen immer auch konkurrierenden Investitionsstaus, der sich in den vergangenen Jahren in Westdeutschland in vielen Bereichen der sächlichen Infrastruktur aufgebaut hat, weil wir seit Jahren von der Substanz leben, muss Politik und eben auch die Wohlfahrtspflege den Bürgern deutlich aufzeigen, wie groß die Rechnung sein wird und wer die Lasten tragen sollte. Hier wird also für eine explizit wirtschafts- und finanzpolitische Einmischungsstrategie plädiert, die zuvörderst einen entsprechenden Kompetenzaufbau in der Wohlfahrtspflege notwendig macht. Dieses Feld würde sich anbieten für die konkrete Nutzung einer strategischen Allianz zwischen den Verbänden.

Ein zweites Feld für eine strategische Allianz der Verbände wäre die Entwicklungsarbeit mit Blick auf neue, gesellschaftspolitisch notwendige Angebote in Verbindung mit einer immer auch selbstkritisch angelegten praxisorientierten Wirkungsforschung. Das kann und sollte man zusammen betreiben, denn der Wirkung oder Nicht-Wirkung bzw. dem erforderlichen Bedarf ist es egal, ob es katholisch, evangelisch oder wie auch immer daher kommt.

Bayern als prosperierende Region in Deutschland mit vergleichsweise guten Ausgangsbedingungen hätte ganz eindeutig die Aufgabe, bei Fragen einer eben auch ökonomisch wichtigen sozialen Infrastruktur eine Führungsrolle einzunehmen. Insofern müsste die bayerische Sozialpolitik an ihrem besonderen Innovationsgehalt gemessen werden. Auch dafür lohnt es sich, Indikatoren und Messverfahren zu entwickeln, die weit über eine quantitative Bestimmung der wirtschaftlichen Bedeutung der Sozialwirtschaft hinausgehen würden.

DEN WANDEL STEUERN

„Den Wandel zu steuern ist eine zentrale Zukunftsaufgabe!“

Marktredwitz mit seinen 17.200 Einwohnern liegt im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge im nordöstlichen Oberfranken. In allen Prognosen über die Entwicklung der Einwohnerzahlen schneidet der Landkreis Wunsiedel im bayernweiten Vergleich am schlechtesten ab. In der jüngsten Veröffentlichung des Bayerischen Statistischen Landesamtes wird von 2010 bis 2030 ein Einwohnerrückgang von über 20 Prozent prognostiziert. Der wichtigste Auslöser für diese Entwicklung war sicher das Wegbrechen tausender von Arbeitsplätzen in der Porzellan- und Textilindustrie. Diese Branchen prägten über Jahrzehnte die Region und dadurch zählte der Landkreis Wunsiedel zu den Regionen mit der höchsten Industriedichte in Deutschland. Weniger Arbeitsplätze bedeuteten höhere Arbeitslosigkeit, die wiederum den Wegzug vor allem junger Menschen zur Folge hatte. Ob Landschaft, Freizeitmöglichkeiten, kulturelle Angebote, günstige Lebenshaltungskosten oder Kinderbetreuungsplätze, wir brauchen uns nicht zu verstecken, sondern können mit vielen Vorzügen aufwarten. Was die Arbeitslosigkeit angeht, haben wir den niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Aber dennoch verliert der Landkreis Wunsiedel in jedem Jahr fast 1.000 Einwohner.

Was ist der Grund dafür? Die Region verfügt über eine ganze Reihe von leistungsfähigen und innovativen Firmen, die teilweise Weltmarktführer in ihren Branchen sind. Aber dennoch konnte das Wegfallen vieler Arbeitsplätze nicht ausgeglichen werden, Neuansiedlungen sind äußerst schwierig. Nicht zuletzt deshalb hat die Bayerische Staatsregierung den Landkreis Wunsiedel als eine der Beispielregionen zur Bewältigung des demographischen Wandels bestimmt, die eine besondere Förderung für in der Region entwickelte Projekte erhalten sollen. Es wäre allerdings fatal, nur auf Hilfe von außen zu warten und insofern setze ich seit Jahren meine Prioritäten in Maßnahmen, die dazu beitragen, unsere Stadt und unsere Region zukunftsfähig zu erhalten.

„Den Wandel gestalten“ ist die wichtigste Zukunftsaufgabe auch der Kommunalpolitik. Viele Faktoren spielen dabei eine Rolle. Kommunalpolitik kann das Lebensumfeld der Menschen in allen Lebensbereichen positiv gestalten. Ein enorm wichtiger sozialer Standortfaktor ist das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen für alle Altersgruppen und alle Lebenslagen. Wir sind



Dr. Birgit Seelbinder

Oberbürgermeisterin, Stadt Marktredwitz

als Stadt Marktredwitz stolz darauf, es gemeinsam mit den freigemeinnützigen Trägern geschafft zu haben, den vorhandenen Bedarf voll abzudecken.

Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements ist ebenfalls eines der zentralen Zukunftsthemen in den Kommunen. Ein sozialer Zusammenhalt kann nur aus dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger entstehen und die öffentliche Hand wäre nicht in der Lage, ehrenamtliches Engagement zu ersetzen. Über 100 Vereine, Selbsthilfegruppen und ähnliches flechten in Marktredwitz ein Netz, das die Gemeinschaft zusammenhält. Die Stadt unterstützt die Vereine, wo es nur geht, wengleich die Möglichkeiten aufgrund der Finanzlage der Stadt begrenzt sind. Es ist uns allen klar, dass solche Zuschüsse eigentlich sehr sinnvoll angelegtes Geld und eine Investition in die Zukunft sind, die Logik der kommunalen Haushalte steht dem jedoch entgegen. Die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit ist nach der Haushaltssystematik eine freiwillige Leistung, die nur dann erbracht werden darf, wenn die Kommune dazu finanziell in der Lage ist. Dies ist in Marktredwitz leider nicht immer der Fall.

Der Stadtrat versucht dabei auch, mit gutem Beispiel voran zu gehen. Seit diesem Jahr verzichten die Stadtratsmitglieder auf 20 Prozent ihrer Aufwands-

entschädigungen und Sitzungsgelder. Etliche Stadträte engagieren sich über ihre zeitaufwändige ehrenamtliche Tätigkeit hinaus verstärkt, um die Verwaltung zu entlasten und eine Vorbildfunktion auszuüben. Ich bin optimistisch, dass diese Initiativen auf Dauer die Basis der ehrenamtlichen Arbeit in der Stadt weiter stärken werden.

Als nächstes Beispiel möchte ich den Arbeitskreis Soziales nennen, der sich in der Stadt Marktrechwitz, ausgehend von einem Arbeitskreis, der sich mit der Altenhilfeplanung beschäftigte, gebildet hat. Der Arbeitskreis beschäftigt sich auch mit dem demographischen Wandel, der besagt, dass sich der Anteil der Menschen über 65 Jahren von 2010 bis 2030 dramatisch erhöht, das Durchschnittsalter wird von 46,7 Jahren auf 51,0 Jahre ansteigen. Diese Entwicklung wird Auswirkungen auf vielen Ebenen haben. Was auf jeden Fall zu nehmen wird, ist der Bedarf an Beratung und Information. Deshalb hat unser Arbeitskreis Soziales auch gefordert, eine Beratungsstelle einzurichten, die sich auch zu einem Treffpunkt für Jung und Alt entwickeln (Stichwort Mehrgenerationenhaus) und die auch die Funktion einer Ehrenamtsbörse übernehmen könnte.

Ich meine, dass es Aufgabe des Freistaates Bayern ist,

seinen Kommunen die Mittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, um für die Bürgerinnen und Bürger gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu schaffen. Wir wollen keinen Rettungsschirm, aber wir wollen ins Bewusstsein bringen, dass die Gemeinden und Städte systemrelevant sind, dass das Gemeinwesen in den Kommunen ein entscheidender Faktor für den sozialen Frieden ist. Zu den Anliegen zählt auch der Wunsch, den Kommunen verlässliche und kalkulierbare Steuereinnahmen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Was für mich ein wichtiger Aspekt ist für die zukünftige Entwicklung, ist die Wertschätzung der sozialen Arbeit. Ich denke, gerade in Deutschland besteht hier ein großer Nachholbedarf, sowohl was die Wertschätzung dieser Arbeit im Bewusstsein der Menschen angeht, als auch was die Wertschätzung betrifft, die es den im sozialen Bereich beruflich tätigen Menschen ermöglicht, ihren Lebensunterhalt mit ihrer Arbeit zu sichern.

„Den Wandel steuern“, das ist die zentrale Zukunftsaufgabe, die uns alle angeht. „Das Soziale“ als entscheidender Standortfaktor der Zukunft steht für mich außer Frage.

DEN WANDEL STEUERN

„Ein sozial ausgewogenes Gemeinwesen trägt zum sozialen Frieden bei!“

Zu den großen politischen Herausforderungen gehört die zukunftsfähige Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme der Renten- und Pflegeversicherung. Der demographische Wandel ist der Megatrend der gesellschaftlichen Entwicklung. Bei der Auseinandersetzung um die richtigen Lösungsstrategien für diese Entwicklungen geht es im Kern auch darum, wie der soziale Zusammenhalt zukünftig zu sichern ist und welche Rolle dem Sozialen dabei zugewiesen wird. Seit einiger Zeit ist zu beobachten, dass das Soziale in einigen Bereichen als Standortfaktor erkennbar mehr an Bedeutung erhält, so z. B. bei der aktiven Gestaltung des demographischen Wandels vor Ort. Die Menschen werden älter und weniger, wobei sich die Entwicklung regional sehr unterschiedlich vollzieht. Um junge Familien in den von Abwanderung betroffenen Regionen zu halten, setzen die Kommunen verstärkt auf die Bereitstellung sozialer Infrastruktur für Familien und Kinder, z. B. auf das Angebot von ausreichenden Kinderbetreuungsplätzen. Die Verfügbarkeit so-



Margit Berndl

Vorstand Verbands- und Sozialpolitik des PARITÄTISCHEN
Vorsitzende 2011 der LAG FW

zialer Infrastrukturangebote wird damit zu einem wesentlichen Standortfaktor, da mit ihr die Attraktivität eines Lebensraums erhöht wird.

Für die Unternehmen spielen aufgrund des Fachkräftemangels die so genannten weichen Standortfaktoren, wie Kultur- und Bildungsangebote und zunehmend soziale Infrastrukturangebote, für die Auswahl eines Unternehmensstandortes eine Rolle. Kommunen werben – wenn sie es sich wirtschaftlich leisten können – z. B. mit kostenfreien Kinderbetreuungsangeboten. Insofern ist das Soziale nicht nur in der Zukunft, sondern bereits gegenwärtig ein relevanter Standortfaktor im Wettbewerb der Regionen. Zudem rückt die Privatwirtschaft ihre soziale Verantwortung für das Gemeinwesen wieder stärker in den Vordergrund. Unternehmen gehen beispielsweise Kooperationen mit sozialen Einrichtungen ein und werteorientierte Führung wird von Unternehmen als Vorteil im Wettstreit um Fachkräfte bewertet.

Sind wir also auf einem gemeinsamen Weg? Erfährt das Soziale die gebührende Wertschätzung, den es für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft leistet? Besteht nun ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass das Soziale in Form von sozialen Leistungen und Unterstützungsangeboten nicht nur Finanzmittel verbraucht, sondern vielmehr eine unverzichtbare Ressource für ein funktionierendes Gemeinwesen darstellt?

Im Kontext der Fachkräftegewinnung ist sicher eine positive Bewertung des Sozialen z. B. in Form von Kinderbetreuungseinrichtungen als Standortfaktor erkennbar.

Für den gesamten sozialen Bereich hingegen ist weiterhin eine erhebliche politische Überzeugungsarbeit zu leisten, wenn es um darum geht, die positiven Wirkungen sozialer Leistungen zu vermitteln. Die

zum Teil äußerst kontrovers geführten Diskussionen um die Notwendigkeit von Leistungen in der Jugendhilfe oder die Streitigkeiten in der letzten Zeit um Standards in der Eingliederungshilfe spiegeln dies eindrücklich. Dabei ist davon auszugehen, dass die Auseinandersetzung um die Angemessenheit sozialer Leistungen aufgrund der schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte in Zukunft noch heftiger geführt werden wird. Durch die Umsetzung der Schuldenbremse wird sie zusätzlich an Dynamik gewinnen, da die Haushaltskonsolidierungen ausschließlich über Ausgabenkürzungen vor allem bei den Sozialleistungen erreicht werden sollen.

Zugleich driftet die Gesellschaft weiter auseinander, wie die im Dezember 2011 aktuell veröffentlichte OECD-Studie nachweist. Die obersten zehn Prozent der deutschen Einkommensbezieher/-innen verdienten 2008 ca. achtmal so viel wie die untersten zehn Prozent. Die Armutsquote in Bayern ist von 2003 bis 2009 zwar nur um 0,2 Prozent auf 13,7 Prozent gestiegen, aber insgesamt unvermindert hoch geblieben (Bericht zur sozialen Lage in Bayern 2011).

Die Armen werden ärmer und die Reichen werden reicher. Es muss deshalb eine sozialpolitische Option sein, die unbestritten notwendigen Haushaltskonsolidierungen auch über eine Verbesserung der Einnahmenseite zu realisieren. Das Geldvermögen der Privathaushalte ist inzwischen auf 4,6 Billionen Euro angewachsen und dabei auf die reichsten zehn Prozent in Deutschland verteilt. Eine stärkere Beteiligung vermögiger Bevölkerungsgruppen an der sozialen Ausgestaltung des Gemeinwesens und der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme Rente und Pflege ist nicht nur vertretbar, sondern unverzichtbar. Ein sozial ausgewogenes Gemeinwesen trägt zum sozialen Frieden bei und stärkt damit nicht zuletzt den Standort Bayern bzw. Deutschland.

Anzeige -



Sicherheit - ein gutes Gefühl.

Wir sichern Sie ab. Schutz für die Betreuten, die Mitarbeiter und für Sach- und Vermögenswerte - als Spezialversicherungsmakler für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Hilfsorganisationen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen in Bayern entwickelt Funk Humanitas bedarfsgerechte Versicherungskonzepte und unterstützt in Schadenfällen - wobei Preis und Leistung stimmen. Gern beraten wir Sie ausführlich - als Ihr unabhängiger Interessenvertreter.

Kontakt: Thomas Ollech (GF FHT) fon +49 89 544681-80 t.ollech@funk-gruppe.de
Rüdiger Bexte (Prokurist FHT) fon +49 89 544681-81 r.bexte@funk-gruppe.de



INTERNATIONALE VERSICHERUNGSMAKLER
UND RISK CONSULTANTS

FHT

Funk Humanitas GmbH

Leopoldstraße 175 - 80804 München
FUNK-GRUPPE.COM

DEN WANDEL STEUERN

„Wirtschaft und Wohlhabsträger müssen zusammenarbeiten.“

Wirtschaft und Soziales werden in der öffentlichen Wahrnehmung gern als Gegenpole in unserer Gesellschaft empfunden. Auf der einen Seite der profitgierige Unternehmer, auf der anderen Seite soziale Organisationen und Verbände, denen aufgrund von Steuererleichterungen für die Firmen das Geld ausgeht. Wirtschaft und Soziales erscheinen oft wie Feinde im Kampf um knappe Steuergelder. Aber braucht es nicht eine starke Wirtschaft, um ein tragfähiges soziales Netz zu spannen?

Natürlich steht nicht für jeden Unternehmer soziales Engagement an erster Stelle, nicht jedem liegt das Wohl seiner Mitarbeiter und deren Familien näher als der Profit. Aber wo ist der Punkt, ab dem die Gewinnerzielung zur Belastung für das Gesamtsystem wird? Werfen wir einen Blick auf die Kapital- und Finanzmärkte. Dort ist die vorherrschende Erscheinungsform die institutionalisierte Gier. Aus der Deckung der Anonymität heraus kann quasi jedermann ohne Bezug zu den Folgen Geldhähne auf- oder zudrehen. An der zu Recht beklagten Entfremdung von Finanzwirtschaft und Realwirtschaft haben somit bei genauer Betrachtung viele ihren Anteil. Oder haben sie je nachgefragt, woher die Gewinnanteile ihrer Lebensversicherung kommen?

Unternehmertum im besten Sinne ist etwas anderes als Spekulation und Renditemaximierung um jeden Preis. Nachhaltiges Wirtschaften ist keine Modeerscheinung. Weitblickende Unternehmerinnen und Unternehmer wussten zu allen Zeiten, dass kein Ausbeutungsmodell auf Dauer erfolgreich sein kann. Die weitaus größere Zahl der Führungskräfte, von kleinen und mittleren Unternehmen bis hin zu den „Global Playern“, entwickelt ein aufrichtiges Interesse an den Bedürfnissen der Gesellschaft und aller Menschen, die mit dem Unternehmen in Verbindung stehen. Nur so kann man dauerhaft auf dem strengsten Markt bestehen, den es gibt: dem Markt der Unternehmens-



Dirk von Vopelius

Präsident Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken

reputation. „Wirtschaft muss dem Menschen dienen“ postulierte einst Ludwig Erhard. Dies gilt für die Realwirtschaft ebenso wie für die Finanzwirtschaft.

Leider hat sich auch unser Gemeinwesen nur allzu bereitwillig in die Abhängigkeit der Finanzmärkte begeben. Die öffentlichen Haushalte stehen unter dem Diktat des Schuldendienstes: Vielen sozialen Einrichtungen werden Zuwendungen gekürzt oder Leistungen gestrichen, weil das Geld fehlt. Unterstützung durch die Wirtschaft wird schon heute dringend gebraucht und in Zukunft noch wichtiger sein. Immer mehr Unternehmen sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und werden sich engagieren – auch aus eigenem Interesse. Denn durch den drohenden Fachkräftemangel kehren sich die Kräfteverhältnisse um: Künftig werden die gut ausgebildeten Talente wählen können, wo und für welche Unternehmen sie ihre Arbeitskraft einsetzen möchten. Arbeitgebermarketing wird immer wichtiger – und ein Schlagwort wie „Corporate Social Responsibility“, die

Bereitschaft eines Unternehmens, soziale Verantwortung zu übernehmen, wird zur harten Währung.

Nur wenn ein Unternehmen seine Arbeitnehmer fair behandelt, ihnen Freiräume für die persönliche Entfaltung gewährt, sie gerecht entlohnt und sich auch in Krisensituationen um sie kümmert, werden die Angestellten bei der Firma bleiben. Nur wenn es den Menschen in einer Region gut geht, es genügend Kindergärten, soziale Einrichtungen und Kultur- und Freizeitangebote gibt, werden Fachkräfte dort leben wollen. Und nur wenn sich die Wirtschaft in Deutschland aktiv dafür einsetzt, die sozialen Bedingungen zu verbessern, wird sie in der Lage sein, im „war for talents“ künftig auf dem Weltmarkt zu bestehen. Die sozialen Bedingungen werden in Zukunft mehr als jemals zuvor zum ausschlaggebenden Standortfaktor werden, der bestimmt, welche Regionen wirtschaftlich erfolgreich sind und welche nicht. Somit hat die Wirtschaft eine klare Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und Akteure wie die Landesarbeits-

gemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrts- pflege tun gut daran, Unternehmen gelegentlich an diese Verantwortung zu erinnern. Ihr stetiges Engagement, ihr Hinweisen auf soziale Missstände und ihre Aufforderungen an die Unternehmen, sie bei ihren Leistungen für die Gesellschaft zu unterstützen, sind von großer Bedeutung. Die Akteure der Wohlfahrts- pflege sind ein wichtiger Bestandteil unseres sozialen Gewissens.

Und das Gewissen darf nicht ruhen: Der faire Umgang mit den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Unternehmen ist ein erster Schritt, aber es gibt viele andere Bereiche, in denen wir noch aktiver werden können: Die Förderung von Hauptschülern oder Schulabbrechern, die Integration von körperlich oder geistig beeinträchtigten Mitarbeitern oder die Honorierung der Erfahrung von älteren Mitmenschen sind nur einige Möglichkeiten, den vermeintlichen Gegensatz zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Verantwortung aufzulösen.

DEN WANDEL STEUERN

„Wirtschaft und Soziales sind keineswegs Gegenpole.“

Wirtschaft und Soziales sind keineswegs Gegenpole! Vielmehr ist die Sozialwirtschaft selbst ein bedeutender Wirtschaftszweig. Nur allzu häufig wird die Sozialwirtschaft vorwiegend als Kostenfaktor wahrgenommen. Es darf aber keinesfalls übersehen werden, dass sie volkswirtschaftlich betrachtet einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor und eine Investition in die Zukunft der Menschen darstellt.

Die Studie „Sozialwirtschaft Bayern“ der Professoren Puch und Schellberg von der Evangelischen Hochschule Nürnberg, die von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern in Auftrag gegeben und vom Bayerischen Sozialministerium gefördert wurde, belegt eindrucksvoll, welches Gewicht die Sozialwirtschaft – insbesondere unter dem volkswirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Aspekt – in Bayern hat: Mit 300.000 Beschäftigten (davon allein 230.000 in der Freien Wohlfahrtspflege) ist sie nicht nur eine der größten Branchen in Bayern, sie ist zudem mit einem Anstieg der Erwerbstätigen zwischen 1992 und 2007 um 49 Prozent ein echter Wachstums- und Beschäftigungsmotor.

Ein weiteres Indiz für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Sozialwirtschaft ist ihr beachtlicher Beitrag zur Wertschöpfung in Bayern. Im Jahr 2006 betrug dieser zwölf Milliarden Euro, das entspricht etwa 3,2 Prozent des bayerischen Bruttoinlandsproduktes. Während in Bayern die Wertschöpfung in den Jahren 1991 bis 2006 um ca. 50 Prozent wuchs, verzeichnete die Sozialwirtschaft im gleichen Zeitraum eine Steigerung von etwa 100 Prozent. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Sozialwirtschaft hat nun auch das Statistische Bundesamt erkannt: Es bezieht in seine Kostenstrukturstatistik 2011 erstmals Wirtschaftsdaten von Unternehmen des Sozialwesens mit ein.

Die Sozialwirtschaft ist aber auch ein bedeutender regionaler Wirtschaftsfaktor. Soziale Dienstleistungen werden unmittelbar vor Ort erbracht und sind nicht von Standortverlagerungen bedroht. Sie sind daher eine verlässliche Komponente im regionalen Wirtschaftsraum und tragen so zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes bei. Da die Mitarbeiter der Sozialunternehmen zu rd. 80 Prozent aus der Region stammen, wird der örtliche Arbeitsmarkt entlastet und darüber hinaus die

Kaufkraft der Region gestärkt. Die Sozialwirtschaft ist somit eine Branche, die gerade auch im ländlichen Raum hilft, die negativen Beschäftigungswirkungen des demographischen Wandels abzufedern.

Eine gut funktionierende soziale Infrastruktur kommt darüber hinaus allen Wirtschaftsbereichen zugute, da Unternehmen Standortentscheidungen nicht zuletzt von den sozialen Angeboten für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abhängig machen. Zudem profitieren Unternehmen in der Region in hohem Maße von der Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen. Angesichts der demographischen Entwicklung und des drohenden Fachkräftemangels ist es ohnehin für die Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche ein Wettbewerbsvorteil, wenn sie auch ihre internen Strukturen stärker nach sozialen Gesichtspunkten ausrichten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, aber auch im Hinblick auf die Einbindung älterer Menschen ins Arbeitsleben, deren Wissen und Erfahrung mehr Wertschätzung erhalten müssen.

Die Bedeutung der Sozialwirtschaft wird alljährlich auch auf der ConSozial sichtbar. Diese Fachmesse mit Kongress wird seit 1999 vom Bayerischen Sozialministerium veranstaltet und hat sich seitdem zur Leitveranstaltung und führenden Plattform für Fach-



Friedrich Seitz

Ministerialdirektor, Bayerisches Sozialministerium für Arbeit
und Sozialordnung, Familie und Frauen

kräfte und Entscheidungsträger der Sozialwirtschaft im deutschsprachigen Raum entwickelt.

Es ist eine Aufgabe für die Zukunft, dafür zu sorgen, dass die Sozialwirtschaft nicht nur durch ihren Nutzen für die von ihr unterstützten Menschen und die ethische Bedeutung für die Gesellschaft wahrgenommen wird. Dass sie vielmehr auch eine beachtliche volkswirtschaftliche Leistung erbringt, muss weiter untersucht und öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden.

Impressum

Bayerische Sozialnachrichten
Zeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
(ISSN 1617-710X)

Herausgebende
Robert Scheller, Vorsitzender
Gisela Thiel, Stellvertretende Vorsitzende
Hendrik Lütke, Geschäftsführer

Verlag
Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen
und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München
Telefon 089/153757- Telefax 089/15919270
E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de
Internet: www.lagoefw.de

Redaktion und Anzeigen
Hendrik Lütke (verantwortlich)
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München
Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 1.1.2012.

Redaktionsschluss
der Ausgabe 2/2012: 5. März 2012

Die *Bayerischen Sozialnachrichten*
erscheinen in jährlich fünf Ausgaben
mit Beilage der Zeitschrift „Pro Jugend“.

Abonnementpreis
incl. Versandkosten und Mehrwertsteuer 20,45 Euro pro Jahr.
Kündigung des Jahresabonnements schriftlich bis sechs Wochen zum
Jahresende.
Bei Abonnenten, die am Lastschriftverfahren teilnehmen, wird der Jahres-
betrag ohne Rechnungsstellung eingezogen.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers
wieder. Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet.

Layout und Produktion
Inge Mayer Grafik & Werbung
Amundsenstr. 8
85055 Ingolstadt
Telefon 0841/456 77 66
ingemayer@t-online.de

Druck:
Jugendwerk Birkeneck
Birkeneck, 85399 Hallbergmoos

FACHTAGUNG

Den Wandel steuern

Das Soziale als Standortfaktor der Zukunft

Von Bernd Hein

Robert Scheller malte ein dramatisches Szenario der aktuellen Lage der Welt. Nicht mehr nur Banken und Unternehmen stehen vor der Pleite, sondern ganze Staaten und ihre Volkswirtschaften. Sie drohen auch die robusteren Länder wie die Bundesrepublik mitzuziehen. Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAG Ö/F) fragte: „Wo steht in dieser Situation der Sozialbereich? Kostet er nur Geld und verschlimmert die wirtschaftliche Lage? Oder verbessert er den wirtschaftlichen Standort und hilft so aus der Krise? Verhindert gar Straßenschlachten und brennende Autos?“ Das Soziale als Standortfaktor der Zukunft, darauf wollte eine Fachtagung der LAG Ö/F am 30. November 2011 Antworten geben.

Ministerialdirektor Friedrich Seitz, der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, versuchte sich als erster. Das Soziale sei ein Zukunftsfaktor erster Güte, meinte er. Zwischen der Wirtschaft und dem Sozialbereich dürfe kein Gegensatz konstruiert werden. Natürlich beruhen soziale Leistungen des Staates auf einer gesunden Wirtschaft, das gelte aber auch umgekehrt. Die Wirtschaft sei auf Voraussetzungen wie Bil-

dung und die Absicherung sozialer Risiken angewiesen. Sie brauche für ihre Arbeitskräfte, besonders für die Spitzenleute, eine attraktive soziale Infrastruktur. Dass die Sozialwirtschaft auch im Nachbarland Tschechien wächst, zeigte Jiri Horecki, der Präsident der Assoziation der Sozialleistungsgeber der Tschechischen Republik.

NICHT BLOß GUTMENSCHENTUM

Professor Hans-Joachim Puch, Präsident der Evangelischen Hochschule Nürnberg und Mitautor der Studie „Sozialwirtschaft Bayern“, untermauerte die These vom „Standortvorteil Soziales“ mit Zahlen. „Die Sozialwirtschaft wird im politischen und öffentlichen Bewusstsein nur als Kosten- und Ausgabenproblem wahrgenommen. Dieser Blickwinkel ist viel zu eng. Das Soziale hat auch eine wichtige beschäftigungspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung“, erklärte er. Überdurchschnittlich sei die Sozialwirtschaft in den letzten Jahrzehnten in Bayern gewachsen, um 50 Prozent von 1992 bis 2006 die Gesamtwirtschaft, um mehr als 100 Prozent die Sozialwirtschaft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Rund 600.000 Menschen

seien im Sozial- und Gesundheitsbereich in Bayern hauptberuflich beschäftigt, in der Autobranche gerade mal 182.000, im Kredit- und Versicherungsgewerbe 215.000. Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft biete ein breites Spektrum an qualifizierten Berufen und abwechslungsreichen Tätigkeitsfeldern. Sie weise seit Jahrzehnten ein überdurchschnittliches personales Wachstum auf und das werde auch angesichts der Alterung der Gesellschaft auf absehbare Zeit so bleiben. Außerdem sei spätestens ab 2020/25 in der Sozialwirtschaft mit einem hohen Ersatzbedarf zu rechnen, weil viele in den Ruhestand gingen. Ob allerdings der Bedarf gedeckt werden könne, hänge auch von den Verdienstmöglichkeiten ab. „Noch liegen diese erheblich unter dem vergleichbaren gesellschaftlichen Durchschnitt. Ein Sozialarbeiter verdient in Bayern rund 2.522 Euro, der allgemeine Durchschnittsverdienst liegt bei 3.295 Euro“, so Puch. Das wohl überraschendste Ergebnis der von Puch referierten Studie „Sozialwirtschaft Bayern“: In einer eigenen Untersuchung für die Metropolregion Nürnberg haben Professor Dr. Puch und sein Kollege Professor Dr. Klaus Schellberg ihre bayernweiten Thesen bestätigt. Kein Grund also für die Sozialwirtschaft, so darf man folgern, sich in Minderwertigkeitskomplexen zu ergehen, mit dem gesenktem Haupt des Bittstellers als Gutmenschen in Ministerien und bei Kostenträgern herumzuschleichen. Nach Puchs Zahlen können die Manager der Sozialwirtschaft sehr selbstbewusst auf Augenhöhe mit der Staatsregierung und den Kostenträgern verhandeln und vor allem: fordern.

NIEDERGANG EINER REGION

Niemand allerdings kann bezweifeln, dass Wirtschaft und Sozialbereich gänzlich unabhängig voneinander sind. Die Oberbürgermeisterin des oberfränkischen Marktredwitz, Dr. Birgit Seelbinder, schilderte, wohin der Niedergang der Porzellanindustrie in ihrer Region geführt hat. Mit der Arbeitslosigkeit, die nicht durch neue Arbeitsplätze in anderen Branchen abgefangen werden konnte (klare Folge einer verfehlten bayerischen Regionalpolitik, die auf überkommene Monostrukturen setzte statt präventiv in die Zukunft zu blicken), wurde auch die demographische soziale Infrastruktur beschädigt. Junge Leute ziehen weg, in einigen Dörfern gibt es in manchen Jahren keine

Geburten mehr, Kindergärten und Schulen werden geschlossen, Krankenhäuser werden zusammengelegt - mit der Folge, dass Besuche der Kranken schwieriger werden, weil auch der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt wird. Die Löhne sind noch niedriger geworden, die Menschen leiden unter Minderwertigkeitsgefühlen. Selbst ehrenamtliches Engagement, zum Beispiel als Museumsaufseher oder Schulweghelfer, wird allmählich schief angesehen, weil man diese Dienste auch gegen Entgelt erbringen kann, ein geringes Entgelt, das manchen im Geldbeutel fehlt. Dass auch ältere Menschen über 71 wegziehen, manche zu ihren Kindern in der Ferne, andere in noch bezahlbare



Die Spitze der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern: Vorsitzender Robert Scheller (Sozialreferent der Stadt Würzburg) und stellvertretende Vorsitzende Gisela Thiel (Arbeiterwohlfahrt Bayern).

Altenheime in anderen bayerischen Regionen, Besuche: Fehlanzeige. Die Oberbürgermeisterin forderte den Freistaat zum Handeln auch: „Man kann uns aus Bayern nicht entlassen und uns die Orientierung an Sachsen und Tschechien empfehlen, wie das die Zukunftskommission getan hat.“ Der Staat habe gefälligst gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu garantieren. Dafür gab es heftigen Beifall.

DEN WANDEL STEuern

Wie man den durch demographische Entwicklungen und wirtschaftliche Veränderungen hervorgerufenen Wandel steuern kann, das hatte sich die Podiumsdiskussion zum Ziel gesetzt. Sie blieb aber manche Ant-



„Den Wandel steuern“ hieß das Thema der Podiumsdiskussion bei einer Veranstaltung der LAG Ö/F im Bayerischen Sozialministerium. V.l.: Ministerialdirigent Werner Zwick (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen), Dirk von Vopelius (Präsident der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken), Margit Berndl (Der Paritätische in Bayern, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern), Moderator Stephan Sohr (Nürnberger Zeitung), Dr. Birgit Seelbinder (Oberbürgermeisterin von Marktredwitz) und Professor Dr. Hans-Joachim Puch (Präsident der Evangelischen Hochschule Nürnberg).

wort schuldig. Alle Diskutanten waren sich einig, dass die Frage „Was ist wichtiger, der Markt, die Wirtschaft oder das Soziale?“ falsch gestellt sei. Nur auf die Selbstheilungskräfte des Marktes zu setzen, diesen Glauben habe die Finanz- und Wirtschaftskrise wohl erledigt, meinte der Präsident der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken, Dirk von Vopelius. Leider gebe es aber noch kein in Taten sichtbares Umdenken in Politik und Wirtschaft. Welche zerstörerischen Kräfte ein sozial nicht regulierter Markt hat, das hatte ja die Marktredwitzer Oberbürgermeisterin beredt dargestellt. Wirtschaft und Soziales, eines gehe nicht ohne das andere, mahnte denn auch Werner Zwick, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Aber das Soziale könne noch genügend Rückenwind gebrauchen. Seelbinder ging das Problem noch einmal strukturell und ethisch zugleich an: „Es kann doch nicht sein, dass dort keine Entwicklung mehr stattfindet, wo der Markt sagt, für mich lohnt es sich nicht. Der Markt allein kann keine gleichwertigen Lebensverhältnisse garantieren. Das Soziale ist das Fundament, auf dem der Markt existiert, und nicht umgekehrt.“ Dass eine solche Orientierung nicht aus dem Markt selbst kommen wird, durfte man aus ein paar starken Worten des IHK-Präsidenten schließen. „Wir brauchen eine Wertediskussion. Geiz und Gier sind keine Werte. Die Bilanz eines Menschenlebens,

auch eines Unternehmerlebens, lässt sich nicht in Euro messen.“ Aber, schränkte er die individuelle Sicht ein: „Es ist schwer. Je härter jemand im Konkurrenzkampf steht, desto mehr wird er manchmal die persönliche Scham vergessen.“ Das war das Stichwort für Knut Lehmann, den früheren Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Bayern. Natürlich gebe es einen Gegensatz zwischen Markt und Sozialem, das solle man doch nicht schönreden. Der Markt kenne keine soziale Gerechtigkeit. Deshalb sei die politische Regulierung angebracht. Das Podium solle diskutieren, welche ordnungspolitischen Kriterien und welche Ziele man dafür ansetzen müsse. Dazu mochte man sich nicht durchringen. Man wick

stattdessen aus auf den berühmten Einzelnen, der durch seine Kaufentscheidungen den Markt sozial beeinflussen könne. Oder auf das bürgerschaftliche Engagement. Das allerdings, so bemerkte Margit Berndl, die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern, könne und wolle eine vom Staat zu erbringende soziale Infrastruktur nicht ersetzen, es habe ein eigenes Charisma.

Gisela Thiel (Arbeiterwohlfahrt), stellvertretende Vorsitzende der LAG Ö/F, zog ein Fazit der Veranstaltung: Der Sozialstaat darf nicht länger als Kostgänger von Staat und Wirtschaft betrachtet werden darf, denn er schafft die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft. Insbesondere an den Spannungen in anderen Ländern werde, so Thiel, deutlich, dass der Sozialstaat gesellschaftliche Spannungen entschärft. Sie zitierte IAB-Direktor Joachim Möller „Es dürfte kein Zufall sein, dass Probleme wie Kriminalität, Drogenkonsum oder Teenagerschwangerschaften in den gut ausgebauten Sozialstaaten seltener auftreten als in Ländern mit einem weitmaschigeren sozialen Netz. Die jüngsten Krawalle in Großbritannien zeigen, welche immensen Kosten für Staat und Gesellschaft entstehen können, wenn der soziale Frieden auseinander bricht. Er ist aber nicht zum Nulltarif zu haben.“ Die LAG Ö/F sei ein wichtiger Akteur bei der Mitgestaltung der Sozialpolitik.

Dieser erste Zwischenruf des Jahres 2012 markiert einen Zwischenschritt für die LAG Ö/F und beendet gleichzeitig eine Zwischenzeit. Denn mit dem 30. November 2011 ist nach mehr als 13 fruchtbaren und erfolgreichen Jahren der bisherige Geschäftsführer der LAG Ö/F, Diakon Friedemann Götzger, in den Ruhestand getreten. Nach einer einmonatigen Vakanz konnte am 2. Januar 2012 Diakon Hendrik Lütke seine Nachfolge antreten.

Friedemann Götzger war nach vielfältiger Tätigkeit in evangelischer Kirche und Diakonie seit dem 1. April 1998 unser Geschäftsführer und gleichzeitig Leiter der Münchener Stelle des Diakonischen Werkes Bayern. In seiner Zeit als Geschäftsführer standen viele wichtige Sozialthemen auf der Agenda der LAG Ö/F. Sein Geschäftsführerbericht, den er in der letzten Mitgliederversammlung dazu abgab, ist ein beeindruckendes Zeugnis von der Breite der Themen und dem Umfang seiner Geschäftsführertätigkeit. Natürlich prägte die mal bessere und auch mal schlechtere Lage der öffentlichen Finanzen auch die Arbeit des Geschäftsführers. Herrn Götzger war es aber stets ein Anliegen, Themen sachlich anzugehen, inhaltlich fortzuentwickeln und am Ball

zu bleiben. Besonders hervorheben möchte ich die Redaktion der *Bayerischen Sozialnachrichten*. Es ist vor allem sein Verdienst, dass jeweils aktuelle Themen und gute Autoren gefunden wurden und damit die *Bayerischen Sozialnachrichten* zu einem der lesenswertesten Fachblätter im Sozialbereich geworden sind. Gleichzeitig stellen sie einen guten Spiegel der Arbeit der LAG Ö/F und vor allem ihrer Mitgliedsverbände dar.

Gut aufgehoben waren bei ihm auch Verwaltung, Haushalt und Jahresrechnung sowie die Vertretung der LAG Ö/F bei vielen wichtigen Gremiensitzungen, wie etwa dem Forum Soziales Bayern sowie dem Begleitgremium zum Landesozialbericht. Aufgrund seines Netzwerks und seiner guten Kontakte ist es ihm immer wieder gelungen, für die LAG Ö/F qualifizierte, interessante Gesprächspartner und Referenten zu gewinnen.

Ihm oblag auch die Redaktion unserer Positionspapiere und Rahmenkonzepte sowie die Protokollführung der Gremien. Wichtig war ihm die Organisation und inhaltliche Mitgestaltung unserer Fachtagungen. Mit der Fachtagung „Den Wandel steuern – Das Soziale als Standortfaktor der Zukunft“ am Tag seines offiziellen

Eintritts in den Ruhestand wurde der LAG Ö/F nochmals ein erfolgreiches Abschiedsgeschenk beschert. Mit den Fachtagungen schuf sich die LAG Ö/F eine wirkliche Marke. Sein besonderes Anliegen galt auch der Fortführung des 2008 veranstalteten Symposiums: „Lebenswert – lebensunwert: Opfer von Fürsorge und Psychiatrie während des Nationalsozialismus in Bayern“ in den bayerischen Bezirken.

Alles in allem verliert die LAG Ö/F einen wunderbaren und engagierten Geschäftsführer, der mit seiner Arbeit immer sehr gut ausgedrückt hat, wofür die LAG Ö/F im Besonderen steht: für die Bündelung der Kompetenzen ihrer Mitglieder und die Überwindung von Interessensgegensätzen. Am 30. November 2011 wurde ihm im Rahmen einer sehr stimmungsvollen ökumenischen Andacht in der Münchner Herz Jesu Kirche mit anschließender Begegnung im Gemeindesaal gedankt und er offiziell verabschiedet.

Der „Neue“ wurde bereits in der Mitgliederversammlung am 25. Oktober 2011 einstimmig gewählt: Mit Hendrik Lütke hat ab dem 2. Januar 2012 erneut ein Rummelsberger Diakon die

Geschäftsführung übernommen.

Hendrik Lütke war nach Krankenpflegeausbildung und

Diakonenexamen zuletzt über 18 Jahre im Diakonischen Werk Würzburg tätig, war dort engagierter Leiter der Sozialstation, Heimleiter und Leiter der Abteilung Altenhilfe. Gleichzeitig arbeitete er in einigen diakonischen Gremien auf Landesebene mit und war Vorsitzender der ökumenischen Arbeitsgemeinschaft Familienpflege Bayern. Die Arbeit der LAG Ö/F hat er vor allem in den letzten Monaten intensiv verfolgt. Diakon Lütke findet viele spannende und abwechslungsreiche Themen, eine sehr gut funktionierende Geschäftsstelle sowie aktive, diskussionsfreudige und engagierte Gremien der LAG Ö/F auf Landes- und Bezirksebene vor. Wie Herr Götzger übernimmt Herr Lütke gleichzeitig die Leitung der Münchener Stelle des Diakonischen Werkes. Wir freuen uns alle auf die Zusammenarbeit mit ihm, sind neugierig und gespannt auf die ersten Kontakte und Gespräche.

Herrn Götzger wünschen wir, verbunden mit unserem nochmaligen Dank für sein Wirken, alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen für seinen Ruhestand. Herrn Lütke wünschen wir viel Kraft, Fortune und Freude an seiner Arbeit in der LAG Ö/F sowie den notwendigen Erfolg. Lassen Sie es uns gemeinsam angehen!



Robert Scheller

Sozialreferent der Stadt Würzburg
Vorsitzender der LAG Ö/F

Geschäftsführerwechsel bei der LAG Ö/F

Experten in eigener Sache

ConSozial thematisiert Fachkräftemangel unter dem Motto „Wer erzieht, pflegt und hilft morgen?“

Sie ist Ideenschmiede und Impulsgeberin für die Führungskräfte der Sozialwirtschaft: die ConSozial in Nürnberg. Knapp 5.000 Besucher waren auch dieses Mal wieder gekommen, um sich zu informieren und neueste Trends zu beobachten. Rund 250 Aussteller zeigten auf etwa 4.500 Quadratmetern Anfang November auf dem Messegelände ihr Angebot. Unter dem Motto „Wer erzieht, pflegt und hilft morgen?“ wurden in 60 Vorträgen, Symposien und Projektpräsentationen des Kongresses sozial-, bildungs- und tarifpolitische Themen sowie Fachkräftemangel, Führungs- und Finanzierungsfragen heiß diskutiert.

Prominente Experten griffen die Themen Nachhaltigkeit und Verantwortung auf wie der Ulmer Profes-

sor Franz-Josef Radermacher und der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück (siehe auch Beiträge in diesem Heft). Das Problem Nachhaltigkeit wurde in den letzten Jahren mehr und mehr durch die Messe gespiegelt. Umweltmanagement- und Energieberatung, Gebäudemanagement und Personalentwicklung waren daher im Angebot wie neueste Softwarelösungen oder vielfältige Dienstleistungen.

Sozialministerin Christine Haderthauer eröffnete die ConSozial 2011. „Nachhaltiges Handeln bedeute schon lange nicht mehr, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen. „Gerade mit Blick auf den demographischen Wandel müssen wir die soziale Komponente groß schrei-

ben“, so die Politikerin. Nachhaltigkeit sei dort notwendig, wo die Rahmenbedingungen den Gegebenheiten nicht mehr entsprechen. Haderthauer ging auf den Fachkräftemangel ein, dessen Ursachen sie offenlegte: Ihrer Meinung nach ist an erster Stelle das schlechte Image schuld, nicht nur die Bezahlung. „Wir müssen hier so unterstützen, dass Menschen in diesen Berufen gerne arbeiten, diese Tätigkeiten begehrt sind.“ Haderthauer sieht in besseren Aufstiegs- und differenzierteren Ausbildungsmöglichkeiten eine Chance, diese Ziele zu erreichen.

„Unser Belohnungssystem ist heute außerdem nur noch auf die Erwerbstätigkeit ausgerichtet“, so die Ministerin. Das Soziale hat offensichtlich nur noch Wert, wenn es kommerzialisiert ist. Wir müssen auch hier Parameter neu denken.“ Anerkennung sei wichtig, wenn Tätigkeiten privat übernommen, erst recht aber, wenn sie professionell ausgeführt würden.

Auch Oberkirchenrat Johannes Stockmeier, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, wies auf das Problem Fachkräftemangel hin: „2020/25 werden 150.000 Kräfte fehlen. „Hier ist eine gesellschaftliche Diskussion vonnöten.“ Es seien entsprechende Berufsbilder zu entwickeln, stimmte er der Ministerin zu.

Managementpreis: Nutzer evaluieren

Finanzierung ist wichtig, aber nicht alles. Das zeigten die gemeinnützige nueva GmbH und die nueva Qualitätsgemeinschaft Berlin. Sie sind die Preisträger des diesjährigen ConSozial-Managementpreises. Die Idee ist genial: Betroffene, also Menschen mit Behinderung, werden von nueva ausgebildet, um soziale Einrichtungen zu evaluieren. Die neuen Prüfer haben Erfahrung! Sie wollen wissen, ob die Küche eines Bewohners so eingerichtet ist, dass er problemlos alles erreicht, oder ob auch mal Besuch kommen darf... kurz: Sie testen Einrichtungen nach allen Regeln der Kunst. Die Ergebnisse dienen dann Trägern dazu, ihre Einrichtungen möglichst genau auf die Bedürfnisse der Bewohner abzustimmen und Interessierten, sich für oder gegen ein Haus zu entscheiden. Die Evaluation auf Augenhöhe hat die Jury überzeugt



Foto: ConSozial

„Die Zukunft gehört den Mutigen!“

Alois Glück sprach bei der ConSozial über neue Leitbilder und Verantwortung

„Wir müssen offen sein für die Zeichen der Zeit“, forderte Alois Glück bei der ConSozial, „Wir verdrängen aber lieber, weil wir Besitzstände halten wollen.“ Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und ehemalige Landtagspräsident warnte: „Unser Leben ist, so wie es ist, ökologisch, ökonomisch und sozial nicht zukunftsfähig.“

„Wir haben Ansprüche, wollen aber frei sein von Verpflichtungen“, stellte Glück fest. „Unsere Maßstäbe stimmen nicht mehr. Daher brauchen wir eine neue Wertedebatte, aus der Prioritäten im Einsatz von Ressourcen entstehen.“ Daraus ergäben sich Strukturen, innerhalb derer der Einzelne handeln könne. Dem Ruf nach dem Staat oder besser, einem Staat, der alles regelt, erteilte der Politiker eine Absage.

Im sozialen Bereich sei dies freilich schwierig. Es bestehe ein Spannungsverhältnis zwischen dem, was der Staat zu leisten habe und dem, was Zurückhaltung fordere. „Wir brauchen generell ein neu ausbalanciertes Verhältnis von Bürgern und Staat. Es geht um unser Selbstverständnis.“ Eine neue Orientierung, ein neues Leitbild und die Grundlagen dazu seien jetzt wichtig.

Die Konsequenzen dafür formulierte Alois Glück deutlich: „Wir müssen unsere Kinder zu einer neuen Kultur erziehen. Ich sehe eine gefährliche Entwicklung im Bildungswesen. In der Schule dominieren testfähige Wissensfächer. Im Mittelpunkt müsste aber die Persönlichkeitsbildung ste-

hen.“ Die Menschen sollten außerdem mehr und mehr zu einem Miteinander kommen. Glück: „Niemand ist so stark, dass er keinen braucht. Nur über das Du entwickeln wir uns!“ Diese Dinge könnten ausschließlich im Prozess der Erziehung vermittelt werden.

Die größte Gefährdung für die Demokratie sieht Alois Glück aber, wie es Joachim Gauck einmal formuliert hat, in den Wohlstandsbürgern. Die Zukunft der Zivilisation werde von der Selbstbegrenzung abhängen. Eine ganz neue Erfahrung. „Längerfristig zu denken, ist die ethische Herausforderungen“, erklärte Glück. „Wir haben ein traditionelles Bild, haben gearbeitet und wollen jetzt die Früchte ernten.“ Der älteren Gene-

ration seien ständig wachsende Möglichkeiten zur Verfügung gestanden. „Unsere Erben werden diese Chancen nicht mehr haben“, so Glück. „Die jüngere und mittlere Generation wird gefordert sein wie die des Aufbaus nach dem Krieg.“

„Um all diese Aufgaben zu bewältigen, müssen Bildungssysteme so strukturiert werden, dass für Kinder vergleichbare Chancen bestehen, egal, welcher Herkunft sie sind“, forderte Glück. Das gegenwärtige Niveau zu halten sei schwierig. Mit Verdrängung funktioniere das schon gar nicht. Aufbruchstimmung sei angesagt, ein Nachdenken über ein neues Zusammenleben, das Verantwortung fordere. Alois Glück: „Die Zukunft gehört den Mutigen!“



Foto: consozial

„Wir müssen in der Balance bleiben!“

Professor Franz-Josef Radermacher

über das Thema Nachhaltigkeit bei der ConSozial 2011

„Nachhaltigkeit ist ein kompliziertes Thema, die Aufspaltung in die Begriffe wirtschaftlich, sozial und ökologisch sicherlich künstlich, aber sinnvoll, um einzelne Faktoren betrachten zu können“, erklärte der Ulmer Professor Franz-Josef Radermacher, der auch Mitglied des Club of Rome ist. Er zeigte bei der ConSozial vor allem eines auf, dass das Soziale nicht nur Teil der Nachhaltigkeit ist, sondern auch eine wesentliche Funktion hat. Denn: „Die Länder, die die höchste soziale Balance aufweisen, haben auch den höchsten Wohlstand.“ Investitionen ins Soziale zeitigen also durchaus Wirkung.

„Deutschland befindet sich noch in einer guten Situation, wie übrigens alle OECD-Länder“, erklärte Radermacher. „Gesellschaften sind dann gerecht und ausbalanciert, wenn 80 Prozent der Menschen über 50 bis 60 Prozent des ‚Kuchens‘ verfügen. In Deutschland liegt diese Quote bei 58 Prozent“, berichtete der Professor. Gerade diese in einem Land unter die 50-Prozent-Marke, drohten extrem hässliche Zustände, wie sie beispielsweise in Brasilien herrschten. Dort verfügten 80 Prozent der Menschen über weniger als 30 Prozent der Ressourcen. 20 Prozent der Bevölkerung hielten sich den Rest als billige Dienstleister.

Radermacher setzt sich seit Jahren für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft ein. Nur mit dieser sieht der Wissenschaftler den Weg zu einer lebenswerten Welt für die gesamte Menschheit. Durch die jetzige

Globalisierung werde aber der Ökonomie Vorrang vor dem Sozialen gegeben, betont er. „Im Moment haben wir in Deutschland trotzdem immer noch eine angenehme Zuschauerposition, wenn wir etwa nach Brasilien oder auch USA sehen. Doch wir müssen darauf achten, dass diese Verhältnisse uns nicht einholen“, mahnte der Professor. Er machte darauf aufmerksam, dass die Deutschen in vielerlei Hinsicht auf Kosten anderer leben. Als Beispiel nannte er Bangladesch: „Es kann nicht sein, dass wir für den Klimawandel mit verantwortlich sind, uns aber nicht zuständig fühlen, wenn dort die Menschen im Wasser stehen!“

Durch die Globalisierung werde Demokratien zunehmend die Möglichkeit genommen, Einfluss auszuüben, stellte Radermacher fest. „Internationale Konstrukte ermöglichen Einzelnen, Steuern zu begrenzen – egal, wie viel sie verdienen.“ Die einen jammerten, weil sie von zehn verdienten Millionen fünf an Steuern abgeben müssten, die anderen wären froh, einmal im Leben über so viel Geld verfügen zu können. Eine Frage der Perspektive!

„In Zeiten der Globalisierung besteht die Herausforderung darin, dass wir das, was wir in Deutschland haben, nicht nur erhalten, sondern das, was für uns gut vertretbar ist, auch über die Grenzen hinaus tragen! Unsere soziale Frage heißt: Wie denken die anderen?“ Es gehe um das Miteinander der Menschen. „Wir sitzen doch alle im selben Boot“, betonte der Wissenschaftler und warnte, dass



Professor Franz-Josef Radermacher

Foto: consozial

griechische Verhältnisse auch uns einholen könnten.

Radermacher sieht aber auch eine Lösung: Wenn die Weltgemeinschaft als Ganzes soweit wäre, dass jeder auf das Niveau eines Hartz IV-Empfängers käme, hätten wir eine Lösung. Wenn ein Mensch einen Dollar pro Tag erhielte, käme man im Jahr bei 300 Millionen Menschen auf eine Billion - weltweit. „Gar nicht so viel bei den Summen, die wir inzwischen gewohnt sind“, bemerkte Radermacher nicht ohne Ironie.

„Babyklappen“ letzter Ausweg in extremen Notlagen

Karlsruhe (epd). Der katholische Moralthologe Eberhard Schockenhoff hat das Angebot der anonymen Kindsabgabe „als ethisch vertretbar und verantwortlich“ verteidigt. Für manche Frauen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten könne eine sogenannte Babyklappe in extremen Notlagen der letzte Ausweg sein, sagte Schockenhoff in Karlsruhe. Dort wurde das zehnjährige Bestehen der Karlsruher Babyklappe, der ersten in Baden-Württemberg, gefei-

ert. Für diese Mütter sei die Alternative nicht, ihr Kind zu töten, sondern irgendwo unversorgt abzulegen. „Es ist absurd zu unterstellen, dass das Baby sonst getötet würde“, sagte Schockenhoff, der auch Mitglied des Deutschen Ethikrates ist. Werde das Kind stattdessen unversorgt irgendwo abgelegt, bestehe für das Kind ein gesundheitliches Risiko. Die rund 100 Babyklappen bundesweit befinden sich rechtlich in einer Grauzone. Trotzdem könne das

Angebot als „letzter Ausweg“ auch ohne gesetzliche Grundlage toleriert werden, sagte der Theologe. Der Ethikrat hatte 2009 mehrheitlich empfohlen, die Angebote zur anonymen Kindsabgabe zu schließen. Von der Politik sei vorerst keine verbindliche Klärung des sehr umstrittenen Themas zu erwarten. Dass Babyklappen geschlossen würden, sei mangels besserer Lösungen nicht zu befürchten, sagte Eberhard Schockenhoff.

Bischöfe fordern mehr Geld für Pflegekräfte

Freising (SZ). Zum Abschluss ihrer zweitägigen Herbstvollversammlung auf dem Domberg hat die Freisinger Bischofskonferenz an die Politik appelliert, sich verstärkt für eine angemessene Bezahlung von Pflegekräften und Erzieherinnen einzusetzen, um diese Berufe attraktiver zu machen. Die bayerischen Bischöfe sähen mit großer Sorge den bereits bestehenden und noch wachsenden Fachkräftemangel, sagte der Münchener Kardinal und Vorsitzende der Bischofskonferenz, Reinhard Marx, in Freising. Mit wachsender Sorge betrachte man außerdem, dass die katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen in Bayern ein steigendes Armutrisiko von Frauen und Familien mit Kindern registrierten. 21,3 Prozent der Ratsuchenden im Jahr 2010 seien Hartz-IV-Empfängerinnen gewesen, 51,3 Prozent verfügten über keine abgeschlossene Berufsausbildung und 26,3 Prozent der Frauen waren alleinerziehend.

Schwerbehinderte finden kaum Arbeit

Nürnberg (dpa). Von der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt können schwerbehinderte Menschen ohne Job in Bayern kaum profitieren. Im November 2011 waren 21.274 schwerbehinderte Menschen in Bayern arbeitslos gemeldet. Das entspricht nach Angaben der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit (BA) zwar einem Rückgang von 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit insgesamt sei jedoch um 14,4 Prozent gesunken. Ralf Holtzwardt, Chef der Regionaldirektion, sagte: „Wir brauchen eine bessere Aufnahmebereitschaft, wir brauchen Unternehmen, die diesen

Menschen eine Chance geben.“ Der Anteil der schwerbehinderten Arbeitslosen an allen Arbeitslosen stieg sogar von 8,7 Prozent im November 2010 auf 9,7 Prozent im November 2011. Viele schwerbehinderte Arbeitslose seien älter als 50, gab Holtzwardt zu bedenken: „Da sind die Anstellungschancen ohnehin geringer.“ Mangelnde Fachkenntnisse könne man vielen schwerbehinderten Jobsuchern dagegen nicht vorwerfen. Mehr als die Hälfte der arbeitslos gemeldeten Menschen mit schwerer Behinderung hätten eine abgeschlossene Berufsausbildung vorzuweisen.

Kritik an Einsparungen bei Arbeitsagentur

München (epd). Der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm hat die von der Bundesregierung beschlossenen Einsparungen von 17 Millionen Euro bei der Bundesagentur für Arbeit kritisiert. Wenn die Politik so drastisch die Gelder kürze, müsse sie auch sagen „auf welche Weise etwa benachteiligten Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen geholfen werden soll“, forderte der evangelische Theologe bei einem Kongress des Deutschen Gewerk-

schaftsbundes in München. Das Eintreten für die Schwachen sei ein urbiblisches Thema, betonte der Landesbischof. Kirchen und Gewerkschaften sollten hier „an einem Strang ziehen“. Das kirchliche Eintreten für die Schwachen dürfe aber keinesfalls verstanden werden als grundlegende Kritik an Unternehmen. „Ich bin sehr beeindruckt von Unternehmerinnen und Unternehmern, die ihre soziale Verantwortung erkennen und wahrnehmen“, sagte der Theologe.

Weniger Überschuldete in Deutschland

Düsseldorf (Reuters). Die Zahl der überschuldeten Deutschen ist nach Erhebungen der Auskunftei Creditreform zwar gesunken, der Negativtrend bei Jungen und Alten setzt sich aber fort. Als Hauptgrund für den Rückgang der überschuldeten Menschen um 80.000 auf 6,41 Millionen nannte Creditreform-Vorstand Helmut Rödl die sinkende Arbeitslosigkeit. Vor allem Frauen hätten von der Entwicklung profitiert. Während die Zahl der verschuldeten Männer um 1,2 Prozent auf 4,1 Millionen stieg,

sank die der Frauen um 5,3 Prozent auf 2,31 Millionen. „Männer neigen zur Selbstüberschätzung und sind risikobereiter“, erklärte Rödl. Als besorgniserregend machte er zudem die Zunahme überschuldeter junger und alter Menschen aus. Der Negativtrend bei den beiden Personengruppen habe sich langfristig verändert. Insgesamt seien mittlerweile mehr als ein Viertel der Schuldner unter 30 Jahren. Waren es 2004 noch knapp eine Millionen junger Menschen, sind es nun über 1,4 Millionen.

Armutsrisiko konstant hoch

Wiesbaden (SZ). Etwa 12,6 Millionen Menschen in Deutschland waren im Jahr 2009 von Armut bedroht, das waren 15,6 Prozent der Bevölkerung. Am stärksten gefährdet, arm zu werden, seien Arbeitslose und Alleinerziehende, teilte das Statistische Bundesamt mit. Frauen sind demnach häufiger betroffen als Männer, Jugendliche öfter als Ältere, Singles häufiger als Menschen mit Familie. Insgesamt blieb das Armutsrisiko in den vergangenen Jahren allerdings relativ konstant. 2008 waren 15,5 Prozent der Bevölkerung arm, 2007 waren 15,2 Prozent. Als armutsgefährdet gilt nach Definition der Statistiker jemand, der nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Einkommen von weniger als 11.278 Euro im Jahr, beziehungsweise weniger als 940 Euro monatlich, zur Verfügung hat. Der Paritätische Wohlfahrtsverband wirft der Bundesregierung angesichts der jüngsten Zahlen armutspolitischen Versagen vor. Die schwarz-gelbe Koalition habe die Kluft zwischen Arm und Reich noch verstärkt.

Missbrauch statt Fürsorge

Berlin (KNA). Fast jede zweite körperlich behinderte Frau ist schon Opfer sexueller Übergriffe geworden. Jede dritte bis vierte Frau mit Behinderung hat sexuelle Belästigungen in ihrer Kindheit und Jugend erlebt. Das geht aus einer Studie der Universität Bielefeld hervor, die in Berlin vorgestellt wurde. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder bezeichnete das Ausmaß des Missbrauchs als „erschreckend hoch“ und kündigte schnelle Hilfe für die Opfer an. Wissenschaftler hatten – in

vereinfachter Sprache – 1.561 blinde, gehörlose und körperlich beeinträchtigte Frauen im Alter zwischen 16 und 65 Jahren befragt. Demnach werden Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen zwei bis dreimal häufiger Opfer von Missbrauch als der weibliche Bevölkerungsdurchschnitt. In Betreuungseinrichtungen sei fast jede dritte Frau von sexuellen Übergriffen betroffen. In einer Vorgängerstudie aus dem Jahr 2004 betrug dieser Anteil zehn Prozent.

„Jahr der Pflege 2011 hat nichts gebracht“

München (epd). Eine nüchterne Bilanz zum Jahr der Pflege 2011 hat der Fachverband Evangelische Altenhilfe gezogen. Es sei zwar vom Bundesgesundheitsministerium „groß proklamiert“ worden habe aber „nichts gebracht“, sagte Vorstand Günter Beucker in München. Es sei weder am Begriff der Pflegebedürftigkeit gearbeitet worden, noch habe sich etwas verändert im Pflegebereich, beklagte er am Rande der jährlichen Mitgliederversammlung des Verbandes, dem rund 220 Träger von Einrichtungen der Altenhilfe/Altenarbeit der Diakonie in Bayern angehören. Weiter kritisierte Beucker die von der Bundesregierung für 2013 geplante Erhöhung des Beitrages zur Pflegeversicherung um 0,1 Prozent. „Die Politik nimmt die Forderungen der Pflegeeinrichtungen und Verbände nicht ernst“, sagte er. Statt das System grundlegend zu ändern, werde den Trägern noch mehr Arbeit und Bürokratie aufgebürdet. „Einen Pflegenotstand wird es nicht in Zukunft geben, es gibt ihn schon“, stellte die stellvertretende Verbandsvorsitzende, Angelika Pfab, fest. Die Situation für die 141.365 pflegenden Angehörigen und für die 125.500 beruflich Pflegenden in Bayern habe sich nicht verbessert. Der Fachkräftemangel sei offensichtlich, der Markt in München „leer gefegt“, so Pfab. Bis zum Jahr 2030 würden bundesweit zusätzlich rund 150.000 Fachkräfte benötigt. Dies könne nur erreicht werden, wenn die Ausbildung verbessert und ausgebaut werde.

Altersmedizin als Zusatzqualifikation

Nürnberg/Erlangen (dpa). Bayerische Hausärzte sollen künftig mit einer Zusatzausbildung besser auf die wachsende Zahl älterer Patienten vorbereitet werden. Der von der Universität Erlangen entwickelte, 120 Stunden umfassende, Kurs werde vom kommenden Jahr an bayernweit angeboten, kündigte der Erlanger Geriatrie-Professor Cornel Sieber an. In 80 Stunden vermittelten Fachleute das theoretische Grundwissen zur fachgerechten Behandlung Älterer; in den übrigen 40 Stunden sollten Hausärzte bei Hospitationen praktische Erfahrungen sammeln, erläuterte Cornel Sieber. Das Angebot richte sich vor allem an ältere Hausärzte.

Kitas statt Betreuungsgeld

Berlin (KNA). Eine deutliche Mehrheit der Bürger hält einen Ausbau der Kindertagesstätten für wichtiger als das von der schwarz-gelben Koalition beschlossene Betreuungsgeld. Nach einem Bericht der *Bild am Sonntag* sprechen sich in einer Emnid-Umfrage 80 Prozent der Befragten dafür aus, die Mittel lieber in den Ausbau der Kindertagesstätten zu stecken. Dem Blatt zufolge will Bundesfamilienministerin Kristina Schröder die Länder von Januar an verpflichten, monatlich Rechenschaft über den Betreuungsausbau abzulegen. Derzeit stockt der Ausbau, 2013 soll es einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz geben. Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin Manuela Schwesig hat derweil das Betreuungsgeld als „familienpolitischen Irrsinn“ gerügt. „Zwei Milliarden Euro Steuergelder werden dafür verschleudert, Kinder von frühkindlicher Bildung fernzuhalten“, schreibt sie in einem Beitrag für die Zeitschrift *Super Illu*.

Heimkinder sollen entschädigt werden

München (epd). Im Sozialausschuss des Bayerischen Landtages waren sich alle Fraktionen einig, dass das Leid der Kinder in etwa 200 Heimen Bayerns – davon zwei Drittel in kirchlicher Trägerschaft – anerkannt werden müsse. Dies habe auch finanzielle Konsequenzen. 7,2 Millionen Euro werden den Angaben zufolge in Bayern vom Freistaat und den Kommunen im Rahmen der „Drittelfinanzierung“ aufgebracht, unter anderem für Ausgleichszahlungen der Rentenversicherun-

gen, für Beratungen und Therapien. Ferner steuern die Kirchen und Wohlfahrtsverbände sowie der Bund jeweils ein weiteres Drittel dazu. Das ist das Ergebnis eines Runden Tisches. In seinem im Dezember 2010 vorgelegten Abschlussbericht war das Gremium zu dem Ergebnis gekommen, einen Fonds mit bundesweit insgesamt 120 Millionen Euro auszustatten. „Es geht uns um ein sichtbares Zeichen“, sagte der CSU-Sozialpolitiker Hermann Imhof.

Zahl der Obdachlosen steigt

Leipzig (dapd). Von Obdachlosigkeit werden nach Einschätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe künftig noch mehr Menschen als heute betroffen sein. Die Zahl der Obdachlosen werde bis 2015 um 15 Prozent steigen, prognostizierte der Geschäftsführer des Verbandes, Thomas Specht, in Leipzig. Dann werden nach seinen Schätzun-

gen rund 280.000 Menschen in der Bundesrepublik ohne Wohnung sein, 2010 seien es etwa 248.000 Menschen gewesen. Von den Menschen ohne eigene Wohnung hätten im vergangenen Jahr etwa 22.000 dauerhaft auf der Straße gelebt. Die anderen Obdachlosen seien in Notunterkünften, Heimen oder auch bei Bekannten untergekommen.

Anzeige -



Als Vertragspartner der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern sind wir gerne Ihr Berater in allen Versicherungs- und Versorgungsfragen.

Der Schutz der Betreuten, der Mitarbeiter sowie der Sach- und Vermögenswerte liegt bei uns in den richtigen Händen.

Das ist unser Service:

- kundenorientiert
- zuverlässig
- vorausschauend

ECCLESIA / UNION
Versicherungsdienst GmbH
Niederlassung München
 Werner-Eckert-Straße 9 - 11
 81829 München
 Telefon: 089/741154-0
 Fax: 089/741154-910

Bericht zur sozialen Lage

München (epd). 13,7 Prozent der bayerischen Bevölkerung sind armutsgefährdet, das sind 1,64 Millionen Menschen. Alleinerziehende sind vom Armutsrisiko besonders stark betroffen, ebenso wie Menschen mit Migrationshintergrund und die Gruppe der über 65-Jährigen. Das geht aus dem neuesten Bericht zur sozialen Lage in Bayern hervor, den Sozialministerin Christine Haderthauer dem Sozialausschuss des Landtags präsentierte. Die Zahlen, die Haderthauer zugrunde legte, beziehen sich auf das

Jahr 2009. Menschen mit Migrationshintergrund seien in Bayern zu 23,3 Prozent armutsgefährdet, erklärte die Ministerin. Das seien etwa doppelt so viele wie die Gruppe ohne Migrationshintergrund. Zudem kritisierte sie das Rentenkonzept des Bundesarbeitsministeriums, das die Altersarmut nicht ausreichend genug bekämpfe. Die über 65-Jährigen seien im Freistaat zu 17,7 Prozent armutsgefährdet. Gleichzeitig stieg die Erwerbstätigenquote bei Frauen in 2009 auf 67,9 Prozent. Im Niedriglohnbereich

setzte sich ein Trend nach oben fort. Nach den neuesten im Bericht genannten Zahlen stieg die Zahl der vollzeitbeschäftigten Niedriglohnbezieher zwischen den Jahren 2000 und 2008 von 14,5 auf 17,7 Prozent an. Haderthauer zufolge sind die Niedriglohnbezieher zu drei Viertel Frauen. Dass das Einkommensniveau innerhalb Bayerns weit auseinanderklaffe, wollte die Ministerin nicht bestätigen. Maximal 2,5 Prozentpunkte lägen die Regierungsbezirke beim „mittleren Wohlstandsniveau“ auseinander.



Ordner statt Menschen

München (bvo). Lieber würde Altenpflegerin Petra M. am Bett ihrer Patienten sitzen und ihnen Zeit schenken. Doch das ist nicht möglich, denn im Pflegealltag wollen Dutzende von Pflegedokumenten ausgefüllt werden. Um diesen Alltag in einer Pflegeeinrichtung kennenzulernen, war Sozialpolitiker Joachim Unterländer einen Tag lang Praktikant in der Diakoniestation Nord des Evangelischen Pflegedienstes München. Statt wie erwartet auf Menschen traf er dort auf viele Aktenordner und jede Menge Schriftverkehr. „Aktion Rollentausch“ hieß die Idee, die Politikern den Reformstau in der Pflege und seine Auswirkungen am eigenen Körper deutlich machen wollte. „Dokumentation ist wichtig, aber überflüssige Bürokratie muss schnellstens beseitigt werden“, resümierte Unterländer nach seinem Tag in dieser Verwaltungswirklichkeit.

Foto: Evang. Pflegedienst/München / C.A.Hellhake

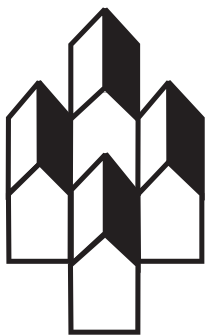
Diakonie zahlt für Entschädigungsfonds

Diakonie. Mit einem Gesamtbeitrag von einer Million Euro werden sich die Mitglieder der Diakonie in Bayern am Entschädigungsfonds für Heimkinder beteiligen. Dies hat die Mitgliederversammlung des zweitgrößten bayerischen Wohlfahrtsverbandes in Nürnberg beschlossen. Sie folgt damit den Empfehlungen des „Runden Tisches Heimerziehung“, der im Dezember 2010 die Einrichtung eines Entschädigungsfonds zugunsten der misshandelten Heimkinder in Höhe von 120 Millionen Euro vorgeschlagen hatte. Der Anteil der bayerischen Diakonie an der Gesamtsumme zur

Entschädigung der Opfer in Höhe von einer Million Euro wird im Umlageverfahren von allen Rechtsträgern erhoben. „Wir haben uns bewusst für diesen Weg entschieden“, so der Präsident der Diakonie Bayern, Michael Bammessel. „Wir sind der Überzeugung, dass die Beteiligung am Entschädigungsfonds ein Zeichen dafür ist, dass die Diakonie gemeinsam zu ihrer geschichtlichen Verantwortung steht. Was damals auch unter dem Zeichen des Kronenkreuzes an manchen Orten geschehen ist, erfordert eine Antwort der Tat.“ Man wisse allerdings sehr wohl, dass auch eine finanzielle Entschädigung das damals Geschehene



nur mildern, aber nicht vergessen machen könne. „Die Diakonie Bayern bleibt bei ihrer Aussage: Was damals geschehen ist, hätte nicht passieren dürfen. Wir müssen heute die damaligen Verhaltensweisen als großes Unrecht bezeichnen, die den Grundsätzen eines christlichen Menschenverständnisses nicht entsprechen.“



Bayerischer Städtetag. Als beim Krippengipfel des Bundes 2007 – ohne Beteiligung der Kommunen – Bund und Länder hehre Ziele formuliert haben, wurden die Ausbaukosten viel zu niedrig angesetzt und der tatsächliche Ausbaubedarf drastisch unterschätzt. Nun besteht die Gefahr, dass Städte und Gemeinden ab 1. August 2013 von Eltern mit Klagen und Forderungen zum Schadenersatz überzogen werden, ohne dass sie überhaupt eine reelle Möglichkeit gehabt hätten, mehr Betreuungsplätze einzurichten. Die Länder müssen sich noch stärker an der Finanzierung beteiligen. Die als durch-

Ausbau von Krippenplätzen für Kinder

schnittliche Zielmarke angenommene Quote von 35 Prozent zur Versorgung von Kindern unter drei Jahren bis zum 1. August 2013 wird erheblich überschritten, sowohl im Landesdurchschnitt als auch in besonders betroffenen Städten. Der Bedarf an Betreuungsplätzen ist in den letzten Jahren erheblich stärker gestiegen, als noch vor wenigen Jahren gedacht worden ist – vor allem in größeren Städten ist mit Betreuungsquoten zu rechnen von über 40 Prozent in Augsburg, über 50 Prozent in München oder Nürnberg. Die Kommunen haben innerhalb von fünf Jahren das Angebot für Kinderbetreuung kräftig erweitert. Damit ist Bayern aus der Schlusslichtposition nach vorne gerückt. Der Freistaat hat nicht zuletzt durch die Vorleistung der bayerischen Städte und Gemeinden aufgeholt. Im Jahr 2006 betrug

der Versorgungsgrad landesweit sieben Prozent, 2011 sind es 24 Prozent: Aktuell gibt es in Bayern rund 76.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Das Bayerische Sozialministerium geht davon aus, dass zur Erfüllung des Rechtsanspruches ab 2013 rund 110.000 Plätze notwendig sein werden; das wäre eine Versorgungsquote von durchschnittlich 36 Prozent landesweit. Allerdings schwankt der Bedarf in den kreisfreien Städten Bayerns zwischen unter 30 bis zu 60 Prozent. Die Kommunen haben einen Großteil der Kosten getragen – und zwar bei Investitionskosten und Betriebskosten. Beim Großteil der Betriebskosten hat der Freistaat die Kommunen im Regen stehen lassen. Bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sollten sich Bund, Freistaat und Kommunen die Betriebskosten dritteln.

Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)

Gemeinsame Ziele für die zweite Halbzeit



Arbeiterwohlfahrt. JaS ist ein seit 2003 bewährtes, erfolgreiches, fachlich und strukturell weitgehend unumstrittenes Landesprogramm. Bis 2019 sollen in Bayern insgesamt 1.000 JaS-Stellen gefördert werden. Jetzt zur Halbzeit gibt es 450 Stellen. Im Sommer 2011 legte das Sozialministerium einen neuen Richtlinienentwurf vor, zu dem sich die Verbände der öffentlichen und freien Jugendhilfe deutlich und kritisch geäußert haben. Deren Kritikpunkte und die Nennung der Ziele sind inhaltlich sehr ähnlich. Bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitschrift lag noch keine mit dem Finanzministerium abgestimmte neue Richtlinie des StMAS vor. Die staatliche Fördersumme pro Vollzeitstelle in Höhe von 16.360,00 Euro p.a. gilt unverändert seit 2003. Bei einer zwischenzeitlichen Tarifsteigerung von mehr als 18 Prozent handelt es sich damit um eine real sinkende Förderbeteiligung. Freie Träger sollen hingegen verpflichtet werden, immer einen zehnpromzentigen Eigenmittelanteil einzubringen.

Das StMAS bewilligt bislang JaS-Stellen in der Regel als Teilzeitstellen. Freie Träger, die ihren JaS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern eine weitere Beschäftigung in schulnahen Einrichtungen wie z.B. der offenen Ganztagschule anbieten, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden, sollen auf diese Kombinationsmöglichkeit verzichten. Es wäre daher nur konsequent, künftig bei der JaS ausschließlich Vollzeitstellen zu schaffen, anstatt quasi ein Berufsverbot auszusprechen.

Die freien Träger haben beim Ausbau der JaS in Bayern einen erheblichen Anteil. Künftig sollen die JaS-Stellen jedoch „Filialen des Jugendamtes“ sein. Dies ist auch nach Einschätzung des Bayerischen Städtetages „fachlich falsch und irreführend“. Die Selbständigkeit der freien Träger muss geachtet werden (§ 4 Abs. 1 SGB VIII). Bereits im Sommer 2011 gab es irritierende Äußerungen im Vorgriff auf die Richtlinie, wonach „künftig nur noch die beim öffentlichen Träger der Jugendhilfe geschaffenen Stellen bezuschusst werden“. Ein Jugendhilfeausschuss hatte in Bayern trotz der derzeit noch gültigen Richtlinie und der vorliegenden Anträge erfahrener freier Träger weitere JaS-Stellen ausschließlich beim örtlichen Jugendamt bewilligt. Es scheint daher not-

wendig zu sein, in diesem Zusammenhang auf die gesetzlichen Bestimmungen zum Grundsatz der Subsidiarität hinzuweisen: „Soweit geeignete Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe betrieben werden oder rechtzeitig geschaffen werden können, soll die öffentliche Jugendhilfe von eigenen Maßnahmen absehen“ (§ 4 Abs. 2 SGB VIII) in Verbindung mit „Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben zur Erfüllung der ihnen nach § 2 Abs. 2 des Achten Sozialgesetzbuches obliegenden Leistungen darauf hinzuwirken, dass die Träger der freien Jugendhilfe die erforderlichen Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen bereitstellen und betreiben“ (Art. 13 Satz 1 AGSG Bayern).

Eigenes Modell für Familienpflegegeld

DER PARITÄTISCHE. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat in Berlin ein eigenes Konzept für eine Familienpflegezeit vorgelegt.

Es sieht vor, dass jeder Arbeitnehmer einen



Rechtsanspruch auf eine bis zu dreijährige Pflegezeit erhält. Der Angehörige, der für eine Pflegezeitweilig aus dem Beruf aussteigt oder seine Arbeitszeit reduziert, soll als Lohnersatzleistung ein

Familienpflegegeld erhalten, das sich in der Höhe am Elterngeld orientiert. Die Kosten eines solchen Modells beliefen sich nach Angaben des Verbandes auf 2,4 Milliarden Euro im Jahr. Verbands-

vorsitzender Eberhard Jüttner kritisiert den Gesetzentwurf der Bundesregierung über eine Familienpflegezeit. Die Pläne gewährten den Arbeitnehmern keinen Rechtsanspruch auf die Pflegezeit.



Sinnvolle Stromsparchecks

Caritas. Die bayerische Caritas will ihre Stromspar-Checks ausbauen. So steht das Angebot nun auch einkommensschwachen Haushalten im Landkreis Starnberg zur Verfügung. Das Ostallgäu und Weißenburg sind in der Planung des Projektes. Sie haben bereits mit der Schulung von Teilnehmern begonnen. Langzeitarbeitslose Menschen erhalten im Rahmen einer Beschäftigungsfördermaßnahme einen Arbeitsplatz und werden zu fachkundigen Stromsparhelfern ausgebildet. Mit diesem Know-how ausgestattet suchen sie in Haushalten mit geringem Einkommen nach „Stromfressern“ und tauschen diese gegen Energiesparartikel aus, die vom Bundesministerium für Umwelt kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Hierzu zählen zum Beispiel Energiesparlampen, schaltbare Steckerleisten und Wasserperlatoren.

Neuer Landes-Caritasdirektor

Caritas. Der bisherige Regensburger Diözesan-Caritasdirektor Monsignore Bernhard Piendl (57) ist seit dem 1. Januar 2012 neuer Landes-Caritasdirektor in Bayern. Er folgte damit Prälat Karl-Heinz Zerrle (67) nach, dessen zwölfjährige Amtszeit am 31. Dezember 2011 endete. Piendl wurde 1954 in Loibling im Landkreis Cham geboren. Nach dem Studium der Katholischen Theologie in Regensburg und Rom wurde er 1979 zum Priester geweiht. Bis 1995 war er als Seelsorger in mehreren Pfarreien tätig. 1995 ernannte ihn der Regensburger Bischof Manfred Müller zum Direktor des Caritasverbandes für die Diözese Regensburg e.V. 2003 wurde er zum Monsignore, 2004 zum Domkapitular ernannt.



Monsignore Bernhard Piendl

Heimkinderfonds schnell umsetzen

Caritas. Eine schnelle Umsetzung des Heimkinder-Fonds des Bundestages hat die Geschäftsführerin der Landes-Arbeitsgemeinschaft katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen in Bayern, Dr. Monika Deuerlein, gefordert. „Viel zu lange wurden Anliegen und Ansprüche der Betroffenen negiert, hinterfragt, verharmlost oder verweigert. Wir appellieren daher an alle Stellen, die Empfehlungen des Runden Tisches in gemeinsamer Verantwortung mitzutragen und schnellstmöglich den Fonds zur Finanzierung individueller Hilfen für Betroffene sowie die weiteren Unterstützungsmaßnahmen zu etablieren“, sagte Deuerlein nach einer ökumenischen Fachtagung in Nürnberg. Die Vertreter der katholischen und evangelischen Träger der Heime entschuldigten sich bei der Tagung, an der auch betroffene ehemalige Heimkinder teilnahmen, für die Missstände in

den Heimen in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Die bayerischen Diözesan-Arbeitsgemeinschaften bieten Betroffenen auch weiterführende Beratung und Information über Hilfsmöglichkeiten an. Aus den Ereignissen der Vergangenheit ergäben sich, so Deuerlein, Anfragen an unser Verhalten in Gegenwart und Zukunft: Politik, Gerichte, Fachkräfte öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe und Aufsichtsbehörden sind gefordert, sich für weitere Verbesserungen in der Heimerziehung heute einzusetzen. Trotz schwieriger Entwicklung kommunaler Haushalte müssten Jugendämter und Einrichtungen in die Lage versetzt werden, ihren gesetzlichen Auftrag in qualifizierter Weise erfüllen zu können. Eine angemessene Ausbildung der Fachkräfte in der Erziehungsarbeit, deren Qualifizierung und Professionalisierung sei hierzu unabdingbar.



Judith Hennemann

Besonders Glück?

Hilfen für Eltern mit einem geistig behinderten Kind

Mabuse-Verlag 2011

152 Seiten; 16,90 Euro

ISBN 978-3-86321-006-9

Wenn Eltern von der geistigen Behinderung ihres Kindes erfahren, bricht häufig eine Welt zusammen. Im Sog der Ereignisse bleiben viele persönliche Fragen unbeantwortet: Was ist mit unseren Bedürfnissen? Wohin mit der Trauer? Wie mit der großen Herausforderung umgehen? Dieser einzigartige Ratgeber bietet Hilfe. Er widmet sich den Gefühlen und emotionalen Bedürfnissen der Eltern. Betroffene Väter und Mütter haben in ausführlichen Gesprächen dazu beigetragen.

Klaudia Erhardt, Katrin Grüber

Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune

Lambertus Verlag 2011

148 Seiten; 16,80 Euro

ISBN 978-3-7841-2053-9

Selbstbestimmte Teilhabe gilt für alle Menschen. Jeder Mensch hat das Recht, an den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Prozessen und Möglichkeiten einer Gesellschaft teilzunehmen und diese mitzugestalten und mitzubestimmen. Wie lässt sich Teilhabe für Menschen mit geistiger Behinderung am kulturellen und öffentlichen Leben in der Kommune verwirklichen? Das vorliegende Buch untersucht bestehende Teilhabeprojekte anhand von Interviews mit Experten und Betroffenen.



Paula Roth

Treffpunkt Senioren

Fantasievolle Ideen für Gruppennachmittage

Lambertus Verlag 2011

214 Seiten; 21,80 Euro

ISBN 978-3-7841-2002-7

„...Das Buch ist eine Fundgrube für Praktiker und Betreuungskräfte in der stationären (aber auch der ambulanten) Altenhilfe, die auf der Suche nach (neuen) Ideen für unterhaltsame und lehrreiche Gruppenangebote sind.“

Aus „socialnet.de“ (Dr. Ursula Kämmerer-Rütten/28.06.2011)

Christian Zippel / Sibylle Kraus (Hrsg.)

Soziale Arbeit für alte Menschen

Ein Handbuch

Mabuse-Verlag; 2. Auflage 2011

510 Seiten; 29,90 Euro

ISBN 978-3-86321-000-7

Angehörige, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und andere sehen sich in der Betreuung alter Menschen einer Vielzahl von Aufgaben gegenüber. Das erfordert umfangreiche Kenntnisse und den schnellen Zugriff auf Gesetzestexte und Adressen. Wann reicht eine Vorsorgevollmacht aus? Wie und wo kann eine Betreuung beantragt werden? Bei welchen Hilfsmitteln besteht Zuzahlungspflicht? Wann sind die Krankenkassen, wann die Pflegekassen leistungspflichtig? Welche Wohnformen helfen, eine Heimunterbringung zu vermeiden? Zu diesen und anderen Fragen bietet das Buch kompetente Hilfestellung.



Klaus Esser

Zwischen Alptraum und Dankbarkeit

Ehemalige Heimkinder kommen zu Wort

Lambertus Verlag 2011

264 Seiten; 22,90 Euro

ISBN 978-3-7841-2040-9

Die Berichte ehemaliger Heimkinder über ihre Zeit in Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe beschäftigen derzeit die öffentliche Diskussion. Das Buch lässt ehemalige Heimkinder zwischen 1945 und 2008 zu den Vorwürfen zu Wort kommen. Wie bewerten sie ihre Kindheit und Jugendzeit, Was wurde als fördernd oder belastend empfunden und wie bewerten sie ihr heutiges Leben?



Kunst, Kultur und Inklusion

Bezirk Oberbayern stellt Inklusion in der Kulturarbeit vor

Auf dem Weg zur Inklusion – einem Veränderungsprozess, der auf allen Ebenen der Gesellschaft begonnen hat – spielen Kunst und Kultur eine wichtige Rolle. Sie bieten ein zentrales Lernfeld für die Umsetzung eines inklusiven Gesellschaftsbildes, da sich ein wesentlicher Teil unseres sozialen Lebens im Bereich der Kultur abspielt: mit Freunden ins Theater gehen, mit der Familie ein Museum besuchen oder in der Freizeit gemeinsam Musik spielen – das alles ist kulturelle Bildung und gehört zum gesellschaftlichen Leben. Für manche Menschen wird eine künstlerische Tätigkeit zum Berufswunsch oder zum wichtigen persönlichen Hobby. Teilhabe am kulturellen Leben bedeutet also Teilhabe an der Gesellschaft und deren Mitgestaltung.

RECHT AUF TEILHABE AM KULTURELLEN LEBEN

Seit März 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen für Deutschland verbindlich. Grundgedanke ist die Inklusion, das heißt die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Zentrale Begriffe der Inklusion sind Gleichstellung, Anerkennung von Vielfalt und Selbstbestimmung. Die Konvention gilt in allen Lebensbereichen: „Bildung“, „Arbeit“, „Wohnen“, „Gesundheit“, „Kultur und Freizeit“. Sie regelt in Artikel 30 das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben:

- (1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen an, gleichberechtigt am kulturellen Leben teilzunehmen, und treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen
 - a) Zugang zu kulturellem Material in zugänglichen Formaten haben;

- b) Zugang zu Fernsehprogrammen, Filmen, Theater und anderen kulturellen Aktivitäten in zugänglichen Formaten haben;
- c) Zugang zu Orten kultureller Darbietungen oder Dienstleistungen, wie Theatern, Museen, Kinos, Bibliotheken und Tourismusdiensten, sowie, soweit wie möglich, zu Denkmälern und Stätten von nationaler kultureller Bedeutung haben.

- (2) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, ihr kreatives, künstlerisches und intellektuelles Potential zu entfalten und zu nutzen, nicht nur für sich selbst, sondern auch zur Bereicherung der Gesellschaft. (...)

BEDINGUNGEN FÜR INKLUSIVE KULTUR

Wer Inklusion in der Kulturarbeit umsetzen will, muss fragen, welche Voraussetzungen notwendig sind, damit gleichberechtigte Teilhabe stattfinden und gelingen kann, welche Einstellungen sich ändern, welche Barrieren beseitigt werden müssen und welche Fähigkeiten erforderlich sind. Der Prozess hin zu einer inklusiven Kultur beinhaltet:

Perspektivenwechsel

Inklusion bedeutet eine Änderung in der Sichtweise und Einstellung. Im Sinne eines visionären Ziels verfolgt Inklusion den Grundgedanken, dass alle Menschen Mitglieder einer Gesellschaft sind. Alle Menschen werden gleichermaßen anerkannt, unabhängig von ihren Möglichkeiten und Einschränkungen. Daher ist es Ziel einer inklusiven Kulturarbeit, eine sichere, wertschätzende und anregende Gemeinschaft

zu gestalten, in der inklusive Wertvorstellungen handlungsleitend sind und neu im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden.

Inklusive Kulturangebote

Um Kulturprogramme inklusiv gestalten zu können, ist es erforderlich, dass der Kulturbetrieb Menschen mit Behinderung mit ihren unterschiedlichen kulturellen Bedürfnissen und Interessen von Anfang an bei der Planung des Kulturangebotes aktiv beteiligt. Denn inklusive Kulturarbeit heißt auch, dass Menschen mit Behinderung die eigene Wahl haben, wie sie am kulturellen Leben teilhaben möchten, sei es als Akteure oder als Publikum, sei es im Bereich Musik, Theater, Malerei oder einer anderen künstlerischen Sparte. Inklusive Kulturarbeit greift die vielfältigen Interessen der Menschen auf und bildet Gemeinschaften: Kunst und Kultur werden gemeinsam erlebbar und gemeinsam auf eine Bühne gebracht. Somit entsteht ein Raum für ein neues Miteinander, das von den individuellen Stärken des Einzelnen und nicht von seinen Defiziten ausgeht.

Inklusive Infrastruktur und Netzwerke

Durch bauliche und technische Maßnahmen muss si-

chergestellt werden, dass Menschen mit Behinderung barrierefreien Zugang zu kulturellen Einrichtungen und künstlerischen Ausbildungsstätten haben. Außerdem müssen die Informationen über Kulturangebote sowie künstlerische Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in barrierefreien Formaten vorliegen: Menschen mit Behinderung müssen sich selbst informieren können, damit sie selbst bestimmt entscheiden können, ob und bei welchen Kulturangeboten sie teilhaben möchten. Zugleich muss die Gesellschaft über die Möglichkeiten und Ergebnisse künstlerischer Arbeit von Menschen mit und ohne Behinderung informiert werden. Inklusion bedarf in hohem Maße engagierter Bürgerinnen und Bürger, die neue Netzwerke knüpfen und dafür Sorge tragen, dass inklusive Praxis fest im kulturellen Leben einer Kommune verankert wird. Denn stabile Strukturen und neue Kooperationen zwischen Einrichtungen und Personen aus den Bereichen „Kultur“, „Bildung“ und „Soziales“ bilden die Basis für gelingende inklusive Kulturarbeit.

Qualifizierung und Austausch

Die Kulturarbeit mit Menschen mit Behinderung erfordert spezifische Kenntnisse in den Bereichen Didaktik, Methodik und Kulturpädagogik. Die „Kunst“



Volksmusiktag „Mittendrin“ mit Dominik Harrer bei den 18. Oberbayerischen Kulturtagen 2011 in Eichstätt.

Foto: Bezirk Oberbayern

des „Regisseurs“ eines inklusiven Kulturprojektes ist es, jeden Teilnehmer in seiner Individualität und mit seinen Stärken sichtbar zu machen. Diese so genannte Stärken-Perspektive öffnet den Raum für alle Akteure, damit sich kreative Begabungen zeigen und weiterentwickeln können. Dabei ist wichtig, dass ein regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch über aktuelle Ansätze und Projekte inklusiver Kulturarbeit stattfinden kann: Gesprächsrunden, interdisziplinäre Fachtagungen sowie Internet-Plattformen bieten für Menschen mit und ohne Behinderung die Gelegenheit, inklusive Kulturmodelle vorzustellen, zu diskutieren und Kooperationsmodelle zu entwickeln. Darüber hinaus ist ein verstärktes Angebot von Fortbildungs- und Beratungsmöglichkeiten für eine Qualifizierung im inklusiven Kulturbereich erforderlich. Wesentlich ist auch, dass das Thema Inklusion, das bereits Eingang in Studienfächer der Pädagogik und Sozialwissenschaften gefunden hat, fester Studieninhalt der Kulturwissenschaften wird.

INKLUSIVE KULTURARBEIT DES BEZIRKS OBERBAYERN

In Weiterentwicklung seiner integrativen Kulturarbeit hat der Kulturausschuss des Bezirks Oberbayern im Juli 2011 die inklusive Kultur als Querschnittsaufgabe in allen Aufgabenbereichen seiner Kulturarbeit (Kulturförderung, Oberbayerische Kulturtage, Galerie Bezirk Oberbayern etc.) definiert.

Die Oberbayerischen Kulturtage, die alle zwei Jahre in einer anderen Kommune veranstaltet werden, setzen beispielhaft den Leitgedanken der Inklusion um. Für dieses Festival initiiert und fördert der Bezirk Oberbayern Kooperationsprojekte von Menschen mit und ohne Behinderung, verschiedener Generationen und Kulturen. Bereits eineinhalb Jahre vor den Kulturtagen werden alle Interessierten eines Landkreises – insbesondere aus den Bereichen Kultur, Bildung und Soziales – zu Workshops eingeladen. Ziel ist es, die

Menschen vor Ort für das Thema Inklusion zu sensibilisieren und Raum für neue Begegnungen, insbesondere von Menschen mit und ohne Behinderung, zu schaffen. In Arbeitskreisen berät und qualifiziert der Bezirk Oberbayern die Partner, damit diese inklusive und innovative Kulturbeiträge für das Festival entwickeln und durchführen können. Gemeinsam mit der Austragungskommune werden die Rahmenbedingungen für die einzelnen Programmbeiträge geschaffen. Bei den Oberbayerischen Kulturtagen wirken jeweils rund 100 Institutionen mit mehr als 1.500 Akteuren als Kooperationspartner mit. An acht Tagen finden ca. 80 Veranstaltungen statt, die über 30.000 Besucher anlocken. Präsentiert wird die ganze Bandbreite der Kultur: Konzerte, Ausstellungen, Theateraufführungen, Lesungen, Workshops und vieles mehr. Wichtiges Ziel der Oberbayerischen Kulturtage ist die Nachhaltigkeit der gesetzten inklusiven Impulse. Der Bezirk Oberbayern berät auch weiterhin die in den Kommunen entstandenen Netzwerke und fördert inklusive Kulturangebote, damit diese zum selbstverständlichen Teil des kulturellen Lebens einer Region werden. Weitere Informationen und Kurzfilm unter: www.oberbayerischekulturtage.de.

ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

Inklusion ist dann erreicht, wenn Kulturprojekte nicht mehr als „integrative bzw. inklusive Projekte“ bezeichnet, sondern als selbstverständlicher Teil des kulturellen Lebens betrachtet werden. In diesem Sinne reicht Inklusion weit in die Zukunft und hat heute noch visionären Charakter. Auf dem Weg zu einer inklusiven Kultur ist es daher wichtig, Menschen mit Behinderung gezielt in den Blick zu nehmen, Barrieren für gemeinsame kulturelle Teilhabe zu erkennen und abzubauen sowie Gemeinschaften zu bilden, die Vielfalt anerkennen.

Petra Kellermann